:antifaschistische nachrichten

Nr. 14

g 3336 14.7.2011 27. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Konferenz in Dortmund

DRESDEN, HALLE, BERLIN, DORTMUND! KEIN FUSSBREIT DEN NEONAZIS, BLOCKIEREN BLEIBT LEGITIM!

Am 3.9.2011 wollen Neonazis in Dortmund aufmarschieren und sich als Kriegsgegner inszenieren. Seit 2005 veranstalten die Dortmunder Neonazis unter Führung der sogenannten „Autonomen Nationalisten“ eine Demonstration anlässlich des Internationalen Antikriegstages. Der Aufmarsch hat sich mit bis zu 1.500 Teilnehmern aus ganz Deutschland und den europäischen Nachbarländern zu einem der wichtigsten in der Szene entwickelt.

Im letzten Jahr gelang es erstmals die Naziaktivitäten mittels Blockaden zu behindern, die Neonazis konnten nur eine Kundgebung durchführen. Bestärkt durch die Erfolge der antifaschistischen Bewegung in diesem Jahr und mit neuen Erfahrungen wird das Bündnis „Dortmund Stellt Sich Quer!“ in diesem Jahr wieder Blockaden organisieren.

Wir wollen euch unser Konzept vorstellen und Informationen zur aktuellen Situation in Dortmund geben. Außerdem werden wir uns mit der Frage beschäftigen, wie und warum Neonazis versuchen friedenspolitische Positionen aufzugreifen. Dafür laden wir zu einer antifaschistischen Mobilisierungs- und Aktionskonferenz ein:

16. JULI, 11 UHR
VERDI-HAUS DORTMUND
KÖNIGSWALL 36
(GEGENÜBER VOM HBF)

Programm
http://dortmundquer.blogsport.de/

Aus dem Inhalt:

Razzia in mehreren Bundesländern



Foto: Karin Richert

Zeigefinger, mahnend erhoben

Am frühen Morgen des 6. Juli 2011 bekamen die Nazis Besuch vom Staat. In Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen wurden Durchsuchungsbeschlüsse bei Nazis vollstreckt – bei den mutmaßlichen Schlägern vom 14. Mai. Damals hatte bei einem versuchten Aufmarsch in Berlin-Kreuzberg eine größere Gruppe Nazis aus verschiedenen Bundesländern eine Polizeisperre überrannt und mehrere Gegendemonstranten mit Tritten und Schlägen verletzt sowie Migranten angegriffen.

Es gibt in der Kriminalistik einige eherne Grundsätze. Sie sind erprobt und gut begründet. Wenn gegen sie verstoßen wird, dann handelt es sich meistens um unerfahrene Beamte. Um solche zum Beispiel, die nicht verstanden haben, dass eine vernünftige Präventionsarbeit wichtiger ist als Repression, da sie Taten verhindert und somit die Täterermittlung unnötig macht. Oder um solche, die nicht gelernt haben, dass Transparenz des eigenen Handelns unverzichtbar und die Öffentlichkeit ein Partner ist, die zu informieren ist, wenn nicht ermittlungstaktische Erwägungen dagegen sprechen. Oder – fast überflüssig zu erwähnen – dass Maßnahmen wie Haussuchungen möglichst rasch nach der Tat erfolgen sollten, damit es dem oder den Tatverdächtigen erschwert wird, belastende Gegenstände verschwinden zu lassen. Wird aber gegen solche ehernen Grundsätze von Beamten verstoßen, die weder unerfahren noch als schlechte Kriminalisten bekannt sind, dann sind in diesen Fällen Fragen angebracht. Fragen, die möglichst zweifelsfrei klären, ob es sich um Dilettantismus oder im schlimmsten Falle um Strafvereitelung im Amt gehandelt hat.

Doch stellen wir, nach guter kriminalistischer Sitte, vor die theoretischen Erwägungen und die Schlussfolgerungen die Fakten. Für den 14. Mai 2011 hatte der stellvertretende Berliner Landesvorsitzende der NPD, Sebastian Schmidtke, eine Demonstration unter dem alten revisionistischen Motto „Wahrheit macht frei“ in Kreuzberg angemeldet. Die Mobilisierung war konspirativ und bundesweit erfolgt. Möglich wurde diese Geheimhaltungstaktik durch eine Strategie der Polizeiführung, die sich jeglicher Öffentlichkeitsarbeit im Vorfeld enthielt und entzog. Dass der Plan dennoch relativ kurz vor der Demonstration bekannt wurde, lag – wie so oft – an der Unzuverlässigkeit, Dummheit und Großmannssucht eines Nazis.

So wurde aus dem beabsichtigten Zeichen der Stärke im migrantisch, links und alternativ geprägten Kreuzberg, dass seit jeher ein besonderes Hassobjekt der ex-

weiter Seite 3

Klinik für „Reichsbürger"

MÖNCHENGLADBACH. Wegen Volksverhetzung, Störung des öffentlichen Friedens sowie Beleidigung und Bedrohung von Beamten stand ein 53-jähriger Mönchengladbacher Ende Juni vor dem örtlichen Amtsgericht. Der sich selbst als „preußischen Staatsangehörigen" und als „Generalfeldmarschall des Staates Preußen" bezeichnende Klaus Rimpler leide an einer wahnhaften und narzisstischen Persönlichkeitsstörung, urteilte eine Gutachterin. Rimpler hatte einen Kleinkrieg gegen Behörden in Mönchengladbach geführt, deren Legitimität er bestritt. Auf Internetseiten verbreitete er Naziparolen, leugnete den Holocaust und veröffentlichte Aufrufe wie: „Tötet die Khasarenjuden überall in der Judenrepublik Deutschland!!!" Mit einigen Mitstreitern bot er zeitweise auch eine Beratung für Erwerbslose an. Verurteilt wurde Rimpler letztlich nicht. Das Amtsgericht attestierte dem 53-Jährigen, der 2001 aus Siegburg zugezogen war, eine wahnhafte Störung, die ihn schuldunfähig mache.

Das Gericht wies Rimpler stattdessen in eine psychiatrische Klinik ein. *hma* ■

Schweiger tot

ÖSTERREICH. Im Alter von 87 Jahren verstarb Anfang Juli der ehemalige SS-Untersturmführer Herbert Schweiger. Der ehemalige Angehörige der SS-Leibstandarte „Adolf Hitler" engagierte sich nach seiner Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft zuerst für die FPÖ. Seit den 1960er Jahren war er für die „Nationaldemokratische Partei" in Österreich aktiv, die 1988 verboten wurde. In Deutschland beriet der Altnazi Neonaziorganisationen wie z.B. die „Nationalistische Front" und trat als Redner u.a. bei der NPD auf. Viermal wurde der langjährige Funktionär des „Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes" (DKEG) in Österreich wegen des Verstoßes gegen das NS-Wiederbetätigungsgesetz inhaftiert. *hma* ■

Rüge für Stolz

KÖLN. Im September 2009 wurde beim ver.di-Bundesvorstand ein Ausschlussantrag gegen den Kölner Publizisten Rolf Stolz gestellt. Dieser gehört dem „Verband Deutscher Schriftsteller (VS)" der Gewerkschaft an und schrieb bzw. schreibt in diversen einschlägig rechten Publikationen, er tritt auch als Redner u.a. bei strammrechten Burschenschaften auf. Ein Ausschluss von Stolz – zum gegenwärtigen Zeitpunkt – wurde vom ver.di-Bundesvorstand nun abgelehnt. Allerdings sprach ihm ver.di eine Rüge wegen „fortgesetzter Verstöße gegen Satzung, Beschlusslage und wegen gewerkschaftsschädigendem Verhalten" aus und drohte bei ähnlichem Verhalten in der Zukunft mit dessen Ausschluss. Die „Freiheit der Wissenschaft, der Kunst und der Medien", wie es in der ver.di-Satzung heißt, bedeute nicht, dass ein Mitglied von seiner Verpflichtung befreit wäre, die Bestimmungen der Satzung einzuhalten, urteilte der ver.di-Bundesvorstand. *hma* ■

Woelki nach Berlin

KÖLN/BERLIN. Gegenüber der konservativen „Deutschen Tagespost" erklärte der künftige Erzbischof von Berlin, Dr. Rainer Maria Woelki, er gehöre der illustren Vereinigung „Opus Dei" nicht an. Im Jahr 2000 promovierte Woelki an der von „Opus Dei" geleiteten Päpstlichen Universität „Santa Croce" in Rom. Im Juni 2008 hatte Woelki aus Anlass des Gedenktages für den „Opus Dei"-Gründer Josemaria Escriva eine Predigt in der ebenfalls von „Opus Dei" geleiteten Kirche „St.Pantaleon" in Köln gehalten. Ganz sicher dem „Opus Dei" zugehörend ist der neue Untersekretär im Päpstlichen Laienrat. Der spanische Prälat Miguel Delgado Galindo wurde jüngst von Papst Benedikt XVI ernannt. Galindo soll auch an der Organisation des Madrider „Weltjugendtags" im August mitarbeiten. *hma* ■

Späte Gerechtigkeit für Opfer von Nazi-Kriegsverbrechen

BERLIN. „Es ist beschämend, dass Nazi-Kriegsverbrecher mehr als 65 Jahre nach dem Krieg weiterhin auf den Schutz der Bundesregierung zählen können", beklagt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, angesichts der Weigerung Deutschlands, in Italien wegen Kriegsverbrechen verurteilte Wehrmachtsangehörige auszuliefern. Jelpke weiter:

„Mit der Verurteilung von neun ehemaligen Mitgliedern der Fallschirm-Panzerdivision ‚Hermann Göring' zu lebenslangen Freiheitsstrafen ist den Angehörigen von rund 400 im Jahr 1944 am Apennin niedergemetzelten Zivilisten späte Gerechtigkeit wiederfahren.

Getrübt wird dieses Urteil eines Gerichts in Verona dadurch, dass die Täter als scheinbar ehrbare Bürger weiterhin ihren Lebensabend in Deutschland verbringen können. Aufgrund der Weigerung der Bundesregierung, Kriegsverbrecher nach Italien zu überstellen, müssen sie nicht einmal eine symbolische Strafe befürchten. Doch ihre mörderischen Taten und das Gedenken an ihre Opfer bleiben unvergessen."

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE. ■

„Die Bundesregierung muss den Gebirgsjägern der Bundeswehr besser auf die Finger schauen",

fordert die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke. Sie fährt fort:

„Die Bundesregierung verharmlost in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage (Drs. 17/6229) die Vorgänge beim Tag der Offenen Tür in Bad Reichenhall, bei dem Kinder an Waffen herankamen, als ‚Einzelfall'. Dabei ist eindeutig, dass das Problem tief im Selbstbild der Gebirgsjäger wurzelt. (*siehe antifaschistische nachrichten nr. 12 von 2011*)

Es grenzt an Zynismus, wenn die Regierung darauf hinweist, die Installation eines Miniaturdorfes mit dem Namen Klein-Mitrovica und die eines Waffen-Standes sei ‚nicht ein spezielles Kinderprogramm', sondern auch für Erwachsene offen gewesen.



Bild: www.schulfrei-fuer-die-bundeswehr.de

Dabei war Klein-Mitrovica nicht das erste Mal im Einsatz. Das Miniaturdorf sei bereits ‚vor Jahren zu Ausbildungszwecken gefertigt und bereits seinerzeit von Soldaten des Gebirgsfernmeldebataillons 210 als ‚Klein-Mitrovica/Kreis Zwickau' benannt' worden, so die Regierung. Diese bezeichnet zwar die Einrichtung als ‚mit wenig Umsicht aufgebaut und organisiert', geht aber mit keinem Wort darauf ein, dass sich über Jahre hinweg kein Angehöriger des Gebirgsfernmeldebataillons an dieser ‚unangebrachten' Benennung gestört hat.

Dass Kinder und Jugendliche entgegen den Vorschriften Handwaffen, Panzerabwehrhandwaffen und diverse Ausrüstungsgegenstände in die Hand nehmen konnten, wird damit erklärt, die eingesetzten Soldaten seien ‚von dem sehr großen Interesse der Öffentlichkeit überrascht' worden und hätten ‚nicht immer unverzüglich eingreifen' können. Das ist unglaubwürdig – es hat schließlich in Bad Reichenhall schon früher Tage der Offenen Tür gegeben.

Es liegt auf der Hand: Die Gebirgsjäger

weiter Seite 4

Fortsetzung von Seite 1

tremen Rechten ist, ein Desaster. Zunächst eines für die Neonazis um Schmidtke, dann sehr schnell auch für die Berliner Polizei.

Das Vorspiel des Doppel-Desasters

Ganze 144 Neonazis hatten den Mut gehabt, sich an dem Marschversuch durch Kreuzberg zu beteiligen. Bei ihnen handelte es sich zum Teil um Kader der NPD. Darunter vielfach solche, die aus der Kameradschaftsszene stammen. Dazu zählt auch Schmidtke selbst, der beim Märkischen Heimatschutz begonnen hatte und sich noch Ende 2004 öffentlich als scharfer Gegner jeglicher Zusammenarbeit mit der NPD bekannt hatte. Aus dieser Zeit verbunden sind ihm langjährige führende Aktivisten der Neonaziszene wie Dieter Riefling (Hildesheim) oder Paul Breuer (Köln) und Axel Reitz, die ebenfalls am 14. Mai in Kreuzberg waren. Die Teilnehmer aus dem Westen waren allerdings in der verschwindenden Minderheit. Rund ein Drittel der Teilnehmenden, darunter noch weniger Frauen als üblich, kam aus Berlin selbst, mehr als 20 Personen waren aus Sachsen angereist, der Rest stammte aus Brandenburg, Thüringen und Sachsen-Anhalt.

Bis kurz vor Beginn hatten noch nicht einmal Journalisten Auskunft über Beginn und Route der Demonstration erhalten. Als Grund dafür waren von der Polizei Sicherheitserwägungen genannt worden. Man wolle verhindern, dass sich Nazis und Gegendemonstranten gegenseitig die Köpfe einschlügen. Die Folge war ein „Räuber und Gendarm"-Spiel nach Art einer Schnitzeljagd. Das erste Gerücht hatte den Platz der Luftbrücke in Tempelhof als Startpunkt ausgemacht. Dann tauchte das Gerücht auf, es könne stattdessen der Kreuzberger Hermannplatz sein. Nahrung erhielt dieses Gerücht durch den Umstand, dass dort der Lautsprecherwagen der NPD gesichtet wurde. Die Polizei reagierte mit dem Einsatz von Pfefferspray gegen jene Gegendemonstranten, die versuchten, das Auto aufzuhalten. Ein gewagtes Unterfangen in einem Umfeld, das durch ein gleichzeitiges Kinderfest geprägt war, besucht hauptsächlich von Migrantenfamilien.

„Kreuzberg war 'ne Scheißidee – nieder mit der NPD!"

Der tatsächliche Platz des Geschehens war dann der Mehringdamm, in der Nähe des dortigen U-Bahnhofs. In deutlich größerer Zahl als die Neonazis waren dort schnell auch deren Gegner versammelt. Der Plan der Polizeiführung, durch Geheimhaltung einen möglichst ungestörten Marsch der Nazis zu ermöglichen, war bereits zu diesem Zeitpunkt gescheitert, die folgende Eskalation durch das konkrete Verhalten der Beamten und deren Einsatzleitung vorprogrammiert. Konfusion und Unübersichtlichkeit verstärkten sich von diesem Punkt ab gegenseitig. Ein Polizeikessel richtete sich gegen die Nazis, die dadurch in den U-Bahnhof getrieben wurden. Ein anderer Polizeikessel hatte die Nazigegner zum Ziel, die zum Teil brutal angegriffen wurden. Kessel Nummer eins entwickelte sich derweil zum Wanderkessel, da die Nazis keineswegs brav den Anweisungen der Polizei folgten, sondern einfach unter Pöbeleien und Gewalttaten den Bahnhof

Foto: Karin Richert



durchquerten und durch den anderen Ausgang wieder auf den Mehringdamm kamen. Dadurch bildete sich ein dritter Kessel, dessen Inhalt nunmehr aus der Polizei bestand.

Um dieser misslichen Lage zu entgehen, wurde von ihr der zweite Kessel aufgelöst. Dieser aber beteiligte sich übergangslos am neuen Kessel, dessen alleiniger Inhalt nunmehr die Gefolgsleute von Sebastian Schmidtke waren. Nach etwas Gerangel und den obligatorischen Übergriffen auf Gegendemonstranten – wahlweise durch Neonazis oder Polizei – löste der Möchtegern-Führer die Versammlung auf, ohne dass seine Anhänger oberirdisch auch nur einen Meter marschiert wären.

Sieben Wochen Pause. Sieben lange Wochen. Dann, am 6. Juli, die Meldung der Agenturen, dass seit den frühen Morgenstunden eine Razzia in mehreren Bundesländern im Gange sei. Betroffen seien zwölf Wohnungen in Berlin, Brandenburg, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen. Anlass seien am 14. Mai beim Demonstrationsversuch in Berlin begangene Körperverletzungen.

Eine Internetplattform als Schlägerbande

Tatsächlich ermöglichen die Recherchen der Berliner Antifa einen gründlichen Blick auf die Struktur der Teilnehmer des gescheiterten Marsches durch Kreuzberg. Die sächsischen Teilnehmer stammen vorwiegend aus Städten, in denen das eng mit der NPD verwobene neonazistische „Freie Netz Mitteldeutschland" besonders aktiv ist. Bis zum heutigen Tag bestreitet das Landesamt für Verfassungsschutz des Freistaates, dass es sich dabei um eine Organisationsstruktur handelt. Vielmehr müsse man von einer „Internetplattform" mit diversen „Lokalseiten" ausgehen. Eine rein virtuelle Angelegenheit also.

Kader des „Freien Netzes" wie den ebenfalls in Berlin anwesenden Istvan Repaczki (Leipzig), gleichzeitig Mitarbeiter der NPD-Landtagsfraktion, kann eine solche Beurteilung nur freuen. Er hatte neben einigen Gefolgsleuten aus Leipzig Kader des „Freien Netzes" aus Borna, Geithain, Lunzenau, Bad Düben und Chemnitz mitgebracht. Mindestens rund zwei Drittel der sächsischen Teilnehmer müssen dem Freien Netz zugerechnet werden. Bei den drei Durchsuchungen in Chemnitz und Eilenburg waren folgerichtig Kader dieser Struktur die Betroffenen. Folgen für die Gesamtorganisation wird die Razzia – wie schon in der Vergangenheit – nicht haben. Eine Internetplattform kann man schließlich nicht verbieten. Oder als kriminelle Vereinigung unter Anklage stellen. Hier ist der Blick in Sachsen ohnehin strikt nach links gerichtet. Jetzt werden die Fundstücke (Totschläger, Propagandamaterial, Quarzsandhandschuhe und ähnliches Material) erst einmal gründlich gesichtet.

Und dann?

Man wird also erst einmal für längere Zeit in der Öffentlichkeit in dieser Angelegenheit nichts mehr hören. Und dann? Dann werden vielleicht einige Journalisten und Politiker nachfragen. Und dann? Dann werden sie zu hören bekommen, dass zwar weiterhin Tatverdacht bestehe und man selbstverständlich emsig ermittele, doch leider durch die Haussuchungsaktionen keine Fakten bekannt geworden seien, die den Verdacht erhärteten. Und dann? Dann wird das öffentliche Interesse allmählich nachlassen.

Es ist dies die logische Konsequenz der Politik des mahnend erhobenen Zeigefingers: Du, du, das machst du aber nicht wieder. Und das wird wiederum eine logische Folge haben. Wenn Anklage und Strafe ausbleiben, besteht keinerlei Grund zur Verhaltensänderung. Die Situation spitzt sich weiter zu. Die Verantwortlichen bei Polizei und Staatsanwaltschaft sowie in der Politik wissen dies. Sie wissen es nur zu genau. Es stört jedoch nicht.

Wenn Beamte, die weder unerfahren noch schlecht ausgebildet sind, so vorgehen wie geschildert, dann bedarf es einer gehörigen Portion Blauäugigkeit für die Annahme, es handele sich um eine Häufung unglücklicher Zufälle. Soviel Zufall jedoch lässt einen Sechser mit Zusatzzahl fast als Normalfall erscheinen.

Volkmar Wölk ■

Ein antifaschistischer Kampfverband mit langer Tradition

Über 130 Delegierte und Gäste aus 16 europäischen Ländern und Israel – der Älteste von ihnen war Spiros Kotoros, ein neunundneunzig jähriger griechischer Partisan – kamen Anfang Juli 2011 im „Alten Rathaus“ von Wien zusammen, um das 60. Gründungsjubiläum der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten zu begehen. Eröffnet durch den ungarischen Widerstandskämpfer Dr. Ivan Vitànyi, wurde in den Beiträgen deutlich, welche große Rolle diese Dachorganisation der ehemaligen Partisanen, Veteranen des antifaschistischen Kampfes, der Verfolgten des Naziregimes und heutiger Antifaschisten in den vergangenen Jahrzehnten gespielt hat und heute noch spielt.

In der Erklärung zum 60. Gründungsjubiläum heißt es: „Gemeinsam mit den Angehörigen heutiger Generationen handeln wir gegen Neofaschismus und extreme Rechte, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus, Krieg und internationalen Terrorismus sowie deren gesellschaftlichen Wurzeln. So schaffen wir eine „neue Welt des Friedens und der Freiheit!“

Dies ist nur in enger Verbundenheit zwischen den antifaschistischen Verbänden in den verschiedenen Ländern und im Bündnis mit gesellschaftlichen Kräften der Zivilgesellschaft möglich. In deren Grußworten wurde sichtbar, welche Bedeutung die FIR hat:

Mit dem belgischen „Institut des Vétérans“ organisiert die FIR internationale Jugendtreffen und Beiträge zur Erinnerungsarbeit. Der ehemalige ungarische Präsident Dr. Arpad Göncz erinnerte an die Bedeutung des Kampfes um Demokratie und Freiheitsrechte – eine Botschaft von großer Aktualität im heutigen Ungarn. Der Weltgewerkschaftsbund unterstrich die Gemeinsamkeit der Ideale von Antifaschisten und Arbeiterbewegung bei der Schaffung einer gerechten, sozialen und friedlichen Welt. Der russische Kriegsveteranenverband, die italienische Partisanenorganisation ANPI und das Internationale Komitee Buchenwald-Dora und Kommandos betonten die Internationalität des Antifaschismus.

Gegründet 1951 in der Zeit des Kalten Krieges stellte die FIR die Einheit der ehemaligen Kämpfer und Teilnehmer der Anti-Hitler-Koalition gegen die Gefahr neuer Kriege, den Nazismus, den Abbau demokratischer Rechte und Freiheiten in den verschiedenen europäischen Ländern ins Zentrum. Die Erinnerung an den antifaschistischen Kampf versteht die FIR nicht allein als Traditionsarbeit, sondern als historisches Vermächtnis, welches das politische Handeln für die Verwirklichung der gemeinsamen Losung „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!“ begründet.

Dies wurde in einer Präsentation deutlich, die einen kurzweiligen Überblick über das Handeln und zahlreiche Höhepunkte der vergangenen Jahrzehnte lieferte. Auf Bildern waren Großaktionen gegen Neonazis und SS – Verbände, Konferenzen zu medizinischen oder historischen Themen, Friedensaktionen, das internationale Jugendtreffen in Buchenwald und Persönlichkeiten aus 60 Jahren FIR-Geschichte zu sehen. Natürlich fehlte nicht die Urkunde von 1987, mit der die Vereinten Nationen die FIR als „Botschafterin des Friedens“ würdigten. Anschließend übergab das jüngste Mitglied des Leitungsgremiums der FIR, der Portugiese David Pereira, 20 Veteranen der antifaschistischen Bewegung die „Ehrenmedaille der FIR“.

Zum Abschluss rief der neugewählte Präsident der FIR, der Ungar Vilmos Hanti, die Antifaschisten unterschiedlichster politischer und gesellschaftlicher Überzeugung dazu auf, in Erinnerung an die Gemeinsamkeiten des Kampfes gegen die faschistische Bedrohung heute gemeinsam für Frieden, soziale Gerechtigkeit, gegen Diskriminierung und Rassismus, für Freiheit und Demokratie, also für Antifaschismus einzutreten.

Musikalisch begleitet wurde die Veranstaltung von *Rudi Burda* und *Manfred Vodi ka*, die eigens für dieses Jubiläum zwei Lieder zum antifaschistischen Widerstand komponiert hatten.

Ulrich Schneider, Generalsekretär der FIR ■



Fortsetzung von Seite 2

halten dieses Vorgehen für normal, zum Skandal wurde es nur, weil diesmal ein antifaschistisches Bündnis die Vorgänge öffentlich gemacht hat.

Das gleiche gilt für die Ekel- und Gewaltrituale, die regelmäßig bekannt werden. Anstatt solche Skandale kleinzureden, sollte die Bundesregierung endlich dafür sorgen, dass das bedenkliche Eigenleben der Gebirgstruppen gestoppt wird.“

Die Antwort der Bundesregierung kann auf meiner Homepage heruntergeladen werden.

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE. ■

Protest gegen Naziaufmarsch wird vorbereitet

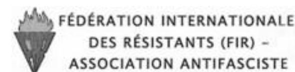
Bad Nenndorf. Seit 2006 und insbesondere in den letzen drei Jahren hat sich die jährliche Neonazi-Demo in Bad Nenndorf bei Hannover, die dieses Jahr am 6. August stattfinden soll, zu einem der wichtigsten Neonazi-Events in Norddeutschland mit bis zu 900 TeilnehmerInnen entwickelt.

Mit diesem so bezeichneten „Trauermarsch“ wird unter Bezugnahme auf die Geschichte des Wincklerbades in Bad Nenndorf, das nach dem 2. Weltkrieg als Verhörlager der britischen Armee genutzt wurde in dem u.a. wichtige Funktionäre der SS inhaftiert waren, versucht, deutsche Täter_innen zu vermeintlichen Opfern der Alliierten umzudeuten. Damit bedient sich der Naziaufmarsch der seit Jahren mobilisierungsfähigsten Thematik der extremen Rechten, dem Geschichtsrevisionismus. [1)]

Die heuchlerischen Trauermärsche der Nazis zum Winklerbad in Bad Nenndorf haben 2006 schon eine traurige Berühmtheit erlangt. Dazu beigetragen hat unter anderem der Beschluss des Verwaltungsgerichts Hannover vom August 2010, welches die friedliche Gegenveranstaltung des Bürgerbündnisses „Bad Nenn- →

60 Jahre FIR

Das Vermächtnis des Widerstands bewahren – eine Aufgabe für die Zukunft



„Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!“

das war die gemeinsame Überzeugung aller Menschen, die als Widerstandskämpfer, als Verfolgte des Naziregimes sowie als Angehörige der Streitkräfte der Anti-Hitler-Koalition die Befreiung vom Faschismus und Krieg im Mai 1945 erleben konnten. Ausgehend von dieser Gemeinsamkeit im Handeln gegen die faschistische Barbarei treten die Mitgliedsorganisationen der FIR seit 60 Jahren für Frieden, für politische und soziale Menschenrechte und Demokratie ein.

Die FIR und ihre Mitgliedsorganisationen treten ein

- für Frieden, demokratische und soziale Rechte und Menschenwürde in allen Teilen der Welt,
- für die Verwirklichung der Prinzipien und Ziele der Charta der Vereinten Nationen,
- für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung und das Recht der Völker auf ihre Ressourcen.
- für die Einhaltung der Prinzipien des Völkerrechts in den internationalen Beziehungen. Die FIR lehnt Präventivkriege und Vergeltungsschläge als Mittel der Durchsetzung politischer Interessen ab.
- für eine Welt, in der die sozialen und politischen Ursachen eines menschenverachtenden Terrorismus beseitigt sind, in der auch staatlicher Terrorismus geächtet ist.
- gegen alle Versuche mit dem Schlagwort des „Terrorismus“ Weltmachtinteressen durchzusetzen,
- gegen die menschenfeindlichen Folgen der Globalisierung in sozialer und politischer Hinsicht,
- gegen jede Form rassistischer, politischer, weltanschaulicher oder religiöser Diskriminierung, Antisemitismus und gegen ein Wiedererstarken von Faschismus und Nazismus in allen seinen Formen.
- für die Bewahrung des Vermächtnisses des Widerstandes und der Ideale der Widerstandsbewegung und die Dokumentation ihrer historischen Rolle,
- für die Ehrung der Frauen und Männer aus Widerstand und Verfolgung und derjenigen, die für die Verteidigung der Freiheit ihrer Heimat gefallen sind, und die Wahrung ihres Andenkens,
- für den Erhalt und die Bewahrung der Orte der faschistischen Verbrechen als Gedenkstätten in allen Ländern,
- für die Anerkennung der sozialen Rechte und Forderungen aller Teilnehmenden des Kampfes gegen Nazismus und Faschismus, für die politische Durchsetzung von materiellen und moralischen Ansprüchen gegenüber den Tätern bzw. ihren Rechtsnachfolgern. Die Nachfolgestaaten und ihre Regierungen müssen ihrer Verantwortung gerecht werden.

Diese Ziele können wir nur im gemeinsamen gesellschaftlichen Handeln mit Antifaschisten und Demokraten unterschiedlicher politischer Orientierungen verwirklichen. Dabei arbeiten wir zusammen

- mit allen demokratischen Organisationen der Zivilgesellschaft,
- mit Gewerkschaften und Parteien,
- mit Vertretern von religiösen Gemeinschaften und nationalen Minderheiten,
- mit internationalen und nationalstaatlichen Institutionen und Stiftungen, die sich unseren Anliegen verbunden fühlen.

Gemeinsam mit den Angehörigen heutiger Generationen handeln wir gegen Neofaschismus und extreme Rechte, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus, Krieg und internationalen Terrorismus sowie deren gesellschaftlichen Wurzeln. So schaffen wir eine „neue Welt des Friedens und der Freiheit!“ (Schwur der Häftlinge des KZ Buchenwald).

Wien, im 60. Jahr des Bestehens der FIR ■

---

dorf ist bunt“ am 14. August 2010 verbot. Zwar wurde dieser Beschluss im Eilverfahren durch das Oberverwaltungsgericht Lüneburg am Vorabend der Veranstaltung zwar teilweise aufgehoben, aber die dann auferlegten Auflagen kamen einem Verbot ziemlich nahe. Um wie im Vorjahr eine gesellschaftlich breit aufgestellten Protest vorzubereiten lädt der Samtgemeindebürgermeister für Mitte Juni zu einem Treffen zur Vorbereitung der Gegendemonstration ein.[2] Ebenfalls ruft der VfL Bad Nenndorf zum Protest gegen das Nazitreffen auf. In dem Aufruf heißt es: „Wie Sie sicher schon den Medien entnommen haben, wollen Neo-Nazis am 06. August 2011 erneut in Bad Nenndorf einen so genannten „Trauermarsch“ durchführen. Die Nazis wollen unseren Ort zum Wallfahrtsort und Zentrum für ihre menschenverachtende Propaganda und Geschichtsverdrehung machen. Der VfL Bad Nenndorf hat mit Unterstützung des Landessportbund beschlossen gegen diesen „braunen Spuk“ Flagge zu zeigen. Seit einigen Jahren arbeitet der VfL auch aktiv im Bündnis „Bunt statt braun“ mit. Seit 2009 haben wir uns als Sportverein aktiv an den Gegendemonstrationen zum „Trauermarsch“ beteiligt, da ein „wegsehen“ nach unserer Meinung erfolglos bleibt. Wir bitten alle Sportvereine in Schaumburg um Unterstützung bei der Gegendemonstration zum „Trauermarsch“. Lassen Sie uns gemeinsam Zivilcourage zeigen für eine weltoffene und solidarische Gesellschaft. Insbesondere auch vor dem Hintergrund der jüngsten Vorfälle in Bückeburg und mit dem Verschandeln von Sporthallen in Schaumburg mit nationalsozialistischen Sprüchen. Lassen Sie uns gemeinsam deutlich machen, dass wir Sportler uns gegen die neo-nazistische Propaganda wehren. In unseren Sportvereinen ist hierfür kein Platz.[3]“ *bee* ■

Quelle: 1) www.antifa-kiel.org, 2) Samtgemeinde Bad Nenndorf, 3) VfL Bad Nenndorf

Extrem gleichgültig

Fehlende Demokratieerklärung: Bundesregierung stört sich nicht an Streichung von Projekten gegen Rechts. Im neuen Programm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken" bekommen viele Initiativen kein Geld mehr, weil sie die Demokratieerklärung nicht unterschreiben. Die Bundesregierung sieht darin kein Problem.

Gedenkveranstaltungen am 9. November an den einstigen Standorten zweier Synagogen, die Pflege eines Denkmals für die ersten Opfer im Konzentrationslager Dachau und die Spurensuche nach den mehr als 1000 Kindern und Jugendlichen, die aus Fürth deportiert wurden – diese Projekte zur Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen sollten mit Geldern der Bundesregierung finanziert werden. Doch das „Fürther Bündnis gegen Rechtsextremismus und Rassismus" will die Demokratieerklärung nicht unterzeichnen. Da dies Voraussetzung für die Auszahlung der Gelder ist, können die Ideen nicht realisiert werden.

Generalverdacht des Extremismus

Mit ihrer Weigerung, das auch als „Extremismusklausel" bezeichnete Schriftstück, mit dem Projektträger ihre Verfassungstreue und die ihrer Kooperationspartner bestätigen müssen, zu unterschreiben, ist das Fürther Bündnis nicht allein. Mehrere Organisationen im Bundesgebiet befürchten einen Vertrauensverlust bei ihren Partnern. Schlimmer noch: „Antirassistische und antifaschistische Initiativen werden dem Generalverdacht des Extremismus ausgesetzt. Ihre Arbeit wird diskreditiert", kritisiert das Fürther Bündnis den „Schnüffelparagraphen".

Die Geldgeber stört das nicht. „Die Bundesregierung sieht keine Probleme mit der Kontinuität der Arbeit vor Ort in ihren Programmen zur Extremismusprävention", heißt es in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag. Welches zivilgesellschaftliche Engagement auf der Strecke bleibt, will das Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend scheinbar gar nicht erkennen. Zwar weiß das Haus, dass fast alle Lokalen Aktionspläne, die die Projekte auswählen, ihre Arbeit aufgenommen haben. Doch wie viele Initiativen die Demokratieerklärung ablehnen und wegen ihr auf die Förderung verzichten, ist dem Ministerium nicht bekannt. Es führe dazu keine Listen. Vielmehr müssten die Demokratieerklärungen bei der Kommune oder dem Landkreis eingereicht werden. „Hier agieren die Lokalen Aktionspläne eigenverantwortlich", erklärte der Parlamentarische Staatssekretär im Familienministerium, Hermann Kues (CDU).

Obwohl etwa die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin bereits ankündigte, die Gesinnungsprüfung zu verweigern, gibt die Bundesregierung in ihrer Antwort ebenso keinerlei Hinweis auf die schwierige Situation der Organisationen, die schon mehrere Jahre in erfolgreichen Beratungsnetzwerken tätig sind.

„Die Antworten der Bundesregierung bestätigen unsere Befürchtung, dass sie kritische und linke Projekte aus den Programmen gegen Rechtsextremismus herausdrängen will", kommentierte Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, die wenig konkreten Ausführungen des Familienministeriums.

Bundesregierung beharrt auf Unterzeichnung

Das Fürther Bündnis versucht nun ohne die Förderung vom Bund, aber mit Hilfe der Stadt, wenigstens noch das Gedenken an die Reichspogromnacht im November auf die Beine zu stellen. Ihren Entschluss zur Extremismusklausel werden die Vertreter der Kirchen, Gewerkschaften, des Ausländerbeirats, des jüdischen Museums, von Jugendeinrichtungen und Lokalpolitiker nicht ändern. „Wir grenzen niemanden aus", so Ruth Brenner. Vorwürfe gegen die Antifaschistische Linke Fürth, mit der das Bündnis zusammenarbeitet, versteht sie nicht. „Wir haben ein Problem mit Rechtsextremisten. Straftaten von Linksextremisten kann ich nicht erkennen."

Auf den Verzicht der Demokratieerklärung durch die Bundesregierung ist nicht zu hoffen. Auch Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) befand das Engagement der Bundesregierung gegen Nazis bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts Ende letzter Woche für ausreichend – obwohl er einen Zuwachs bei den gewalttätigen Neonazis konstatierte.

Quelle: Antifa-info LINKE Sachsen
Neues Deutschland ■

VVN-BdA Infostand auf der Rheinkultur 2011

Nachdem im letzten Jahr das Rheinkultur-Festival zunehmend mit Besuchern aus der extrem rechten Szene zu kämpfen hatte, entschloss sich die VVN-BdA Köln in diesem Jahr wieder mit einem Infostand vertreten zu sein, um auf diese Weise möglichst viele Jugendliche zu erreichen und von der Wichtigkeit des antifaschistischen Kampfes und der Erinnerungsarbeit zu überzeugen. Trotz der Sicherheitsbedenken der örtlichen Antifa entschloss sich die VVN-BdA Köln den Infostand durchzuführen. Glücklicherweise blieb der Tag vor der blauen Bühne bis auf ein paar übliche Störenfriede friedlich. Wie vor zwei Jahren konnten auch in diesem Jahr wieder sehr viele anregende und informative Gespräche geführt werden. Das gute Wetter und die ausgelassene Stimmung sorgten auch dieses Mal für einen erfolgreichen Tag.



Auch für die Betreiber des Rheinkultur-Festivals war der Tag mit einer Besucherzahl von 160.000 (lt. Veranstalter) wie ein Befreiungsschlag nach dem enormen Verlustgeschäft durch das extrem schlechte Wetter und dem zeitgleichen Spiel des deutschen Teams bei der Fußball-WM im letzten Jahr. Lediglich Auseinandersetzungen rivalisierender Fans an der HipHop Bühne trübten das Bild und sorgten für Einsätze der Polizei und der Security, mit der Folge, dass das dortige Bühnenprogramm nicht fortgesetzt werden konnte.

Foto: MP

Bleibt also zu hoffen, dass die „Rheinkultur" auch im nächsten Jahr weiter geht und die VVN-BdA Köln dadurch weiterhin die Gelegenheit erhält, wichtige Informationsarbeit zu leisten. *mib* ■

Dänische Grenzkontrollen sind Konsequenz aus EU-Abschottungspolitik

„Die Kritik aus Union und FDP an der Wiedererrichtung von Grenzkontrollen durch Dänemark ist heuchlerisch", erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke. Sie fährt fort: „Auf europäischer Ebene setzt sich die Bundesregierung permanent für eine Perfektionierung der Flüchtlings- und Migrationsabwehr an den Außengrenzen der EU ein. Das Vorgehen der dänischen Regierung ist die logische Konsequenz aus diesem Ausbau der ‚Festung Europa'. Wer sich wie die EU nach außen abschottet, wird auch die Freiheit nach innen nicht aufrechterhalten."

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE. ■

„Extremismusklausel“: Unterschrift verweigert, und nun?

Die „Extremismusklausel“ ist in aller Munde. Die Förderbescheide sind angekommen und die Projekte diskutieren, ob sie unterschreiben oder nicht. Viele haben sich dagegen entschieden. Doch dann muss die finanzielle Unterstützung woanders herkommen.

In den vergangenen Monaten haben sich bundesweit viele Projektträger, Intitativen und Begleitausschüsse der Lokalen Aktionspläne (LAP) gegen die „Extremismusklausel“ ausgesprochen. Viele betroffene Vereine mussten auf Grund der Verweigerung der Unterschrift ihre Projekte einstellen oder ihre Arbeit enorm einschränken. Um einen Weg zu finden, auch ohne das Unterschreiben der „Extremismusklausel“ konkrete Projekte verwirklichen zu können und um sich einen Überblick über die aktuelle Situation zu verschaffen, treffen sich betroffene Projektträger im Berliner Rathaus Kreuzberg.

„Extremismusklausel“

Vereine, Stiftungen und Initiativen, die die politische Kultur und die Zivilgesellschaft in Deutschland stärken, indem sie sich gegen Rassismus, Antisemitismus und Neonazis einsetzen, können beim Bundesfamilienministerium Fördergelder beantragen. Um diese Gelder zu erhalten, müssen genau diese Initiativen seit diesem Jahr eine „Extremismusklausel“ unterzeichnen. Neben dem Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung beinhaltet die Klausel einen zweiten Teil, nach dem die Initiativen versichern müssen, dass auch alle ihre Projektpartnerinnen und -partner das Ziel haben, nützliche Arbeit im Sinne des Grundgesetzes zu leisten. Zu Recht wird besonders dieser Abschnitt der Klausel von Betroffenen als indirekte Aufforderung zur Ausschnüffelung ihrer Partnerinnen und Partner verstanden und deshalb auch abgelehnt. Zudem wird durch dieses Misstrauen die Demokratieförderung blockiert. Die Verweigerung der Unterschrift und die damit verbundene Förderrückweisung haben jedoch schwere Folgen für Initiativen und deren Projekte.

Fortsetzung der Kultur des Verdachts

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der AntifaschistInnen (VVN- BdA) hat sich, wie viele andere, entschieden, die Klausel nicht zu unterschreiben. „Wir sehen die Klausel als eine Fortsetzung der Kultur des Verdachts“, so Markus Tervooren, Vorstandsmitglied der VVN-BdA Berlin. Durch diese bewusste Entscheidung fehlen der Vereinigung jedoch wichtige Fördermittel. Erhebliche Einschränkungen sind beispielsweise bei der Fortführung des Projekts zum Aufbau verschiedener Gedenkstätten überall in Berlin zu machen. Um ein Bewusstsein für die Folgen des Nationalsozialismus zu schaffen, sollten, gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern aus Kreuzberg, Stolpersteine für drei ermordete jüdische Schüler in Kreuzberg gelegt werden. Durch die fehlenden Mittel ist nun nur eine abgespeckte Version der Aktion möglich. „Je nach dem, wie viele Gelder wir selbst durch Spenden sammeln können“, sagt Markus Tervooren.

Erinnerung an Verpflichtungserklärung der Stasi

Besonders betroffen ist auch der Verein „offensiv 91 e.V.“, der anerkannter Träger der freien Jugendhilfe ist und eine Reihe von sozialen Einrichtungen wie Kindertagesstätten, Familienzentren und Zufluchtswohnungen betreibt. Der Vorstand und die Geschäftsführung sind nicht bereit, die „Extremismusklausel“ zu unterschreiben, da sie sich an die „Verpflichtungserklärung“ der Stasi erinnert fühlen. Der Zuwendungsbescheid (mit der „Extremismuserklärung“) wurde erst im März verschickt, bis dahin ist der Verein finanziell in Vorleistung gegangen.

Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bedeutet diese Umschichtung, dass auch ihre Stellen nicht mehr sicher sind. Der Verein prüft nun, den Schaden einzuklagen.

In den Ausschuss

Der Antrag des Landes Berlin zur Bearbeitung der „Extremismusklausel“ wird auch im Bundesrat stark diskutiert. Hier fordert der stellvertretende Berliner Bürgermeister Harald Wolf die Rücknahme der Sätze 2 und 3 in der Demokratieerklärung, wie die „Extremismusklausel“ von offizieller Seite genannt wird, da durch sie in den letzten Monaten viele wichtige Projekte gelitten haben. Verteidigt wird die „Extremismusklausel“ von Dr. Hermann Kues, dem Parlamentaischen Staatssekretär der Bundesministerin Dr. Kristina Schröder. Laut Dr. Kues, arbeitet das Ministerium hier präventiv, „damit extremistische Strömungen keine Chance bekommen“, zudem wisse man ja nie, was sich hinter einem schön klingenden Namen wirklich verbirgt. Dass besonders der zweite Teil der Klausel als Beleidigung empfunden wird, macht die amtierende Ministerin für Soziales und Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern Manuela Schwesig deutlich: „Mit der Aufforderung zu schnüffeln, […] tun sich viele, die seit 20 Jahren für Demokratie und Toleranz vor Ort Flagge zeigen, zu Recht sehr schwer, und sie empfinden es als große Belastung“. Zur konstruktiven Beratung des Problems, wird dieser Tagesordnungspunkt in die Ausschüsse des Bundesrats für Frauen und Jugend zugeteilt.

Stadt als Risikopuffer

In Hamburg einigte sich die Grüne-Alternative-Liste (GAL) gemeinsam mit der SPD darauf, dass den betroffenen Initiativen in Hamburg alle rechtlichen und finanziellen Risiken der Unterzeichnung der „Extremismusklausel“ abgenommen werden. Hierbei übernimmt die Stadt Kosten für Rechtsstreitigkeiten und im Zweifel die Förderung, falls das Bundesministerium Fördergelder zurückfordert. Damit ist quasi eine risikolose Unterzeichnung der Bestätigungserklärung „unter Protest“ möglich, ohne ihr inhaltlich nachkommen zu müssen. Diese Möglichkeit könnte ein interessanter Weg für alle betroffenen Initiativen sein. Oder man lehnt die Unterschrift gleich ab, und versucht es auf anderen Wegen – wie die MBR Berlin.

Rainer Mai

Quelle: Antifa-info LINKE Sachsen ■

Hinterbliebene von NS-Opfern fordern ihr Recht

Die Töchter von antifaschistischen Widerstandskämpfern Alice Czyborra (Gingold), Traute Sander (Burmester), Inge Trambowski (Kutz) und Klara Tuchscherer (Schabrod) haben sich mit folgendem Text an die Öffentlichkeit gewendet. Die VVN-BdA-Landeskonferenz NRW und der Bundeskongress der VVN-BdA unterstützten ihr Anliegen. Es wird darum gebeten, ebenfalls zuzustimmen, wenn das Anliegen unterstützt wird. Geplant ist ein Offener Brief, mit dem auf die Probleme der 2. und 3. Opfergeneration hingewiesen werden soll.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Beschluss vom 4. November 2009 erklärt: „Angesichts des einzigartigen Unrechts und des Schreckens, die die nationalsozialistische Herrschaft über Europa und weite Teile der Welt gebracht hat", sind das Grundgesetz und die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland „geradezu als Gegenentwurf" zum nationalsozialistischen Regime zu verstehen." „Das bewusste Absetzen von der Unrechtsherrschaft des Nationalsozialismus war historisch zentrales Anliegen aller an der Entstehung wie Inkraftsetzung des Grundgesetzes beteiligten Kräfte." (Aus den Leitsätzen zum Beschluss des Ersten Senats vom 04.11.2009 – 1 BvR 2150/08).

Die Gegnerschaft zur Naziherrschaft ist demnach Verfassungsgebot und Staatsdoktrin. Dem sieht sich auch die VVN-BdA verpflichtet. Unsere Organisation ist eine Organisation der Opfer und Hinterbliebenen sowie der nachgewachsenen Generationen von Antifaschistinnen und Antifaschisten. Diesen Opfern wurde in der genannten Gerichtsentscheidung das Recht auf besonderen Schutz – ihrer Würde und ihrer Unversehrtheit – zugesprochen:

Eine „Verletzung der Würde der Opfer der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft" wird in besonderem Maße verurteilt. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes wurde nach 1945 von Überlebenden des Holocaust, von NS-Opfern und Teilnehmern am Antinazi-Widerstandskampf gegründet. Ihre heutigen Mitglieder erklären: Wir, die wir Krieg und Faschismus noch durchlitten haben, aber auch die zweite und dritte Generation und ihre Mitstreiterinnen und Mitstreiter, fühlen uns dem Auftrag der Gründer der VVN-BdA und des Grundgesetzes verpflichtet.

Seit jüngster Zeit gibt es eine Reihe von Dokumentationen, die belegen, was die VVN seit den 60er Jahren nachgewiesen hat: In der Bundesrepublik konnten Eliten der Nazizeit aus Wirtschaft, Militär und dem Staats- und Terrorapparat des Naziregimes, darunter Justiz, Gesundheitswesen, Polizei und Geheimdienste wieder tätig werden, Einfluss nehmen und dabei weiterhin gegen Antifaschisten vorgehen.

Gerichte verfolgten Teilnehmer des Arbeiterwiderstandes, vornehmlich des kommunistischen Widerstandes, um sie – auch unter Hinweis auf Vorstrafen aus politischen Prozessen von 1933 bis 1945 – wegen ihrer politischen Tätigkeit erneut einzusperren und ihnen die Rechte auf Entschädigung abzusprechen.

Ärzte aus der NS-Zeit wurden als Gutachter eingesetzt, um die Entschädigungsrechte der oft schwer geschädigten politisch, rassisch und religiös Verfolgten in Zweifel zu ziehen. Ehemalige Gestapobeamte fanden in der Polizei der BRD wieder Verwendung, und man setzte sie auch ein, um die demokratischen Rechte der Verfolgten erneut anzutasten. Organisationsverbote führten zur Bestrafung der Widerstandskämpferinnen und -kämpfer, während Naziorganisationen wie die NPD sich ungehindert entfalten konnten. Berufsverbote wurden gegen die Kinder von Antifaschisten ausgesprochen. Das Versammlungsrecht von Antifaschisten wurde eingeschränkt.

Die VVN-BdA setzt sich dafür ein, dass eine Wiedergutmachung für die so Benachteiligten erfolgen muss. Vor allem geht es um die Rehabilitierung der Opfer. Ende der sechziger Jahre gab es zwar ein Strafrechtsänderungsgesetz, das zahlreichen Verfolgungen ein Ende setzte, eine Rehabilitierung der Betroffenen erfolgte jedoch nicht. Auch die Kinder und Enkel der Betroffenen hatten – infolge der Leiden ihrer Verwandten – mitzuleiden: Denn die Familien der Opfer litten oft materielle Not, die Kinder und Enkel, also die aus der 2. und 3. Generation, waren betroffen von psychischen Schäden und Traumatisierungen, sie waren im Bildungswesen, in Schule und Gesellschaft Diskriminierungen bis hin zu Berufsverboten ausgesetzt. Sie galten als Kinder von „Vorbestraften". Die jetzt bekannt gewordenen personellen Kontinuitäten aus der Zeit vor und nach 1945 müssen zu Konsequenzen führen. Doch die Gelegenheiten, die sich dazu bieten, werden nicht genutzt. Der Umgang des Deutschen Bundestages mit dem Antrag „Widerstand von Kommunistinnen und Kommunisten gegen das NS-Regime" (Drucksache 17/2201), eingebracht von der Fraktion DIE LINKE am 16. 6. 2010, ist ein Skandal, ja ein Schlag ins Gesicht der NS-Opfer. Ohne mündliche Aussprache, nur mit schriftlichen Wortbeiträgen, die seitens der CDU, CSU und FDP, aber auch der SPD den Geist der Restauration und des Kalten Krieges atmeten, wurde der Antrag am 11. November 2010 zu später Stunde beerdigt. Die CDU/CSU-Reaktion ist unfassbar und, ähnlich wie bei den vielen Debatten zum Kriegsverrat, sprachlich und argumentativ stark in der Nähe von rechtsextremen Organisationen.

Auch in der Erinnerungsarbeit der Gedenkstätten für Opfer des NS-Unrechts werden die Vertreter der 2. und 3. Generation oftmals abgewiesen. Man erklärt ihnen ungeschminkt: Euer Anspruch auf Mitsprache in der Gedenkarbeit ist verwirkt. Genugtuung darüber, dass Zeitzeugen sich nicht mehr einmischen können, ist unverkennbar. Doch, wir mischen uns ein.

Die in der VVN-BdA vereinigten Angehörigen der 2. und 3. Generation danken dem Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte dafür, dass er sich ihrer Sorgen und Nöte angenommen hat. Sie danken den Vertretern der LINKEN und der GRÜNEN, die sich in der schriftlichen Debatte des Bundestages vom 11. 11. 10 vorbildlich verhalten haben. Diese Bemühungen sollten fortgesetzt werden.

Es wird darum gebeten, sich dieser Erklärung anzuschließen.

Ich unterstütze als Betroffene/Betroffener diese Erklärung von Kindern und Enkeln von NS-Verfolgten und Opfern des Kalten Krieges:

Name und Vorname:

Alter: Beruf:

Verwandt mit oder Hinterbliebene/r von (muss nicht ausgefüllt werden)

Anschrift:/Telefon/E-Mail Adresse

Bitte senden an:
VVN – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Nordrhein-Westfalen
Gathe 55 • 42107 Wuppertal, nrw@vvn-bda.de

NPD-Pressefest: 1400 Neonazis im Regen

Die NPD hat ihr jährliches Pressefest im „Niederschlesischen Feriendorf" am Quitzdorfer Stausee bei Niesky in Sachsen (*siehe an Nr. 13 vom 30.6.2011*) veranstaltet – und „nur" 1400 Neonazis waren dabei. Trotzdem dieses Jahr das Ereignis erstmalig über 2 Tage geplant war, kamen rund 100 Rechte weniger als im vergangenen Jahr.

Das Fest nutzen NPD-Kader, Parteianhänger mit ihren Kindern, Kameradschafts-Aktivisten, „Autonome Nationa-



listen" und der „Ring Nationale Frauen"(RNF) für den Ausbau einer „nationalen Bewegung". Netzwerke sollen gestärkt und neue Verbindungen untereinander geknüpft werden.

Für die Bewachung und das Catering soll Malte Redeker, Szene-Unternehmer aus Ludwigshafen, der sich intern „Westmark" nennen soll, verantwortlich gewesen sein. Redeker führt nicht nur die Gjallarhorn Klangschmiede und zählt zu den Drahtziehern des internationalen Projektes der ersten Schulhof-CD („Anpassung ist Feigheit"), sondern betreibt auch einen Szene-Laden in Stralsund. (*blick nach rechts, 30.6.*)

Seine Eltern führen das „Niederschlesische Feriendorf", auf dem das Deutsche Stimme Pressefest stattfand. Zu Pfingsten 2011 wollten sich dort ehemalige HDJ-Anhänger unter dem Deckmantel der Jungen Nationaldemokraten (JN) zu einem „Großlager" treffen, das Vorhaben wurde von der Polizei verhindert.

Nach dem Fest der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme" kam allerdings Kritik an der Veranstaltung in der rechtsextremen Bewegung auf. Grund: ein zu engagierter Ordnerdienst. In einem bekannten Neonazi-Forum schreiben zwei Kommentatoren bereits am 03.Juli 2011 zu dem „Pressefest":

„*Viele Ordner, die ihre Arbeit auch bis zum Ende sehr ernst nahmen, was mich gelegentlich auch mal genervt hat (ständiges Zeigen der Bauchtascheninhalte etc...).*" *und „…die sind doch recht schnell ausgeschwärmt und auch Leute rausgeholt, welche dann gar nicht wussten warum. Neben mir sagte schon jmd., wenn das so weiter geht kippt die Stimmung noch.*"

Drei Widerstandspreise verliehen

Zum zweiten Mal verlieh die Deutsche Stimme den Angaben zufolge drei „Widerstandspreise". Preisträger 2011: die Kampagne zum Tag der deutschen Zukunft, das Aktionsbündnis gegen das Vergessen aus Dresden sowie das Freie Netz Süd.

Für die „Kampagne zum Tag der deutschen Zukunft" nahm Dieter Riefling den Preis entgegen. Riefling ist ehemaliger Sänger der Skinband „Die wahre Pracht". Maik Müller nahm den Widerstandspreis für das „Aktionsbündnis gegen das Vergessen" aus Dresden in Empfang. Dieses Bündnis versucht, die geschichtsrevisionistischen Ideologie in Dresden jeweils im Februar mittels Großdemonstration auf die Straße zu tragen. 2010 und 2011 wurde diese Absicht durch mehrere tausend Menschen, organisiert vom antifaschistischen Bündnis „Dresden – Nazifrei" blockiert. Müller ist hauptsächlich in der freien Kameradschaftsszene in Ostsachsen aktiv. So nahm er am 1. Mai 2010 an einer neofaschistischen Demonstration in Hoyerswerda teil und trat am 5. Juni 2010 als Redner beim 3. JN-Sachsentag auf.

Das „Freie Netz Süd" wurde für den Aufbau von Strukturen der extremen Rechten im süddeutschen Raum ausgezeichnet. Das „Freie Netz Süd" ist eine überregionale Vernetzung von ursprünglich NPD-kritischen Neonazis und Kameradschaften, deren führende Aktivisten ursprünglich aus der NPD und der JN kommen und teilweise vorher schon Karrieren in anderen rechtsextremistischen Gruppen wie der inzwischen verbotenen „Fränkischen Aktionsfront" hinter sich haben.

Im „Freien Netz Süd" werden dabei wie in allen Kameradschaften feste Strukturen vermieden, um keine Ansatzpunkte für Verbote nach dem Vereinsgesetz zu bieten. Derzeit ist wieder eine verstärkte und regelmäßige Zusammenarbeit mit der NPD festzustellen. Das Freie Netz Süd pflegt Kontakte zur faschistischen Joppik-Gruppe in Ungarn, zu Südtiroler Nazis, zur Haiderpartei in Österreich sowie zu tschechischen Faschisten, u. a. zu der dort verbotenen „D lnická Strana".[1]

Nach Angaben der Polizei, die mit 255 Beamten vor Ort war, wurden drei Straftaten (Kennzeichenmissbrauch, Beleidigung, Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) und 80 Verkehrsordnungswidrigkeiten festgestellt.

Zivilgesellschaftlicher Protest

Erstmalig hatte unter dem Motto „Bunter Schall als Widerhall" ein breites Bündnis, bestehend aus Parteien, Vereinen und Initiativen dazu aufgerufen, friedlichen Protest gegen das Großereignis der extremen Rechten zu zeigen. Dem Aufruf folgten 100 Menschen, darunter der Bundestagsabgeordnete Wolfgang Gunkel und die örtliche Landtagsabgeordnete der LINKEN, Kathrin Kagelmann. Ziel war es unter anderem, in Workshops Ideen zu



entwickeln, wie die Menschen in der Region künftig mit Großveranstaltungen rechter Gruppierungen umgehen sollen, so ein Mitglied des Bündnisses.

Einige Teilnehmer der Protestveranstaltung kritisierten den Görlitzer Landrat Lange heftig. Dieser hatte, als Vertreter des Gesellschafters Landkreis Görlitz, dem Bündnis die Nutzung des Geländes der kreiseigenen Feriengesellschaft für den Protest verweigert. „Wenn die wirtschaftlichen Interessen der kreiseigenen Feriengesellschaft wichtiger sind, als deutlicher und friedlicher Protest gegen die verfassungsfeindliche, intolerante und menschenverachtende Ideologie der extremen Rechten, dann muss sich niemand wundern, wenn sich solche rechte Organisationszentren verfestigen.", so die Meinung etlicher Teilnehmer der Veranstaltung „Bunter Hall als Widerschall".

Jens Thöricht ■

Anmerkung:
1 http://www.endstation-rechts-bayern.de/rechte-szene/freie-kameradschaften/freies-netz-sud/

Am 28. Mai fand die Jahrestagung der Antifaschistischen Nachrichten in Köln statt. In der letzten Ausgabe der Antifaschistischen Nachrichten dokumentierten wir eine Zusammenfassung der Studie „Die Abwertung der Anderen". Für diese Ausgabe stellte uns Nina Schillings eine Zusammenfassung (und teilweise Aktualisierung) ihres Vortrags über „Rechtspopulismus in Skandinavien" zur Verfügung. Nina Schillings ist Absolventin der Politikwissenschaft der Universität Bonn (2010), hat dort und an der NTNU Trondheim in Norwegen studiert und ihre Abschlussarbeit zu Rechtspopulismus in Skandinavien verfasst.

Das schöne Märchen von Toleranz:

Neuer Rechtspopulismus in Skandinavien

Seit einer guten Woche werden Reisende aus Schweden und Deutschland an der Grenze zu Dänemark neben freundlichen Willkommensschildern auch wieder von Grenzbeamten begrüßt. Nach vielen Jahren Reisefreiheit gemäß des Schengener Abkommens hat das dänische Parlament vor wenigen Wochen die Wiedereinführung von Grenzkontrollen beschlossen - und damit harte Kritik aus dem Ausland und vom Europäischen Parlament geerntet. An sich schon ein Grund aufzuhorchen, richtig besorgniserregend erscheint diese Tatsache bei einem genaueren Blick auf die Hintergründe des Beschlusses. Denn hier hat ganz maßgeblich die Dänische Volkspartei mitgemischt, die zu den erfolgreichsten Vertretern rechtspopulistischer Parteien in ganz Europa zählt. Zwar ist sie nicht direkt (in Form einer Koalition) an der Regierung beteiligt, stützt jedoch seit nunmehr über zehn Jahren die konservative Minderheitsregierung in Dänemark. Konkret heißt dies, dass die regierenden Parteien für eine Mehrheit bei Parlamentsbeschlüssen auf die Stimmen der Dänischen Volkspartei als stärkster Oppositionskraft angewiesen sind. Wenig offiziell, aber für jeden aufmerksamen politischen Beobachter unübersehbar, finden dadurch Tauschgeschäfte im Sinne von „stimmst du für mich, stimm' ich für dich" statt. So hat die Regierungskoalition unter Anders Fogh Rasmussen kürzlich eine lange angestrebte, jedoch stark umstrittene Rentenreform auf den Weg gebracht. Dies war nur möglich mit Hilfe der Stimmen der Dänischen Volkspartei, die gemäß Parteiprogramm eigentlich für die Rechte alternder Dänen und gegen Sozialkürzungen eintritt. Wenige Wochen später folgte dann der Beschluss zur Wiedereinführung der Grenzkontrollen – eine langjährige Forderung der EU-kritischen und protektionistischen Dänischen Volkspartei. Die Parteivorsitzende Pia Kjærsgaard feierte dies als persönlichen Triumph in der Mission „all die Kriminellen aus Osteuropa und illegal einreisende Wirtschaftsflüchtlinge zu bremsen".

An diesem aktuellen Beispiel wird der massive Einfluss der Rechtspopulisten in Dänemark deutlich, der seit Jahren zu beobachten ist und immer wieder prägnant auf realpolitischer Ebene zu Tage tritt, sich jedoch auch in einer schrittweisen Veränderung der politischen Kultur und des gesellschaftlichen Klimas im Land bemerkbar macht.

Dies will nicht so ganz hineinpassen in das Bild Skandinaviens als Vorzeigemodell für Sozialpolitik, Wohlfahrt und Humanität. Grund genug für mich, die skandinavischen Kernländer Dänemark, Schweden und Norwegen einer genaueren Analyse zu unterziehen und insbesondere die Stellung des Neuen Rechtspopulismus zu beleuchten. Im Folgenden möchte ich zusammenfassend die wichtigsten Ergebnisse präsentieren.

Skandinavien: Homogenität, aber nicht am rechten Rand

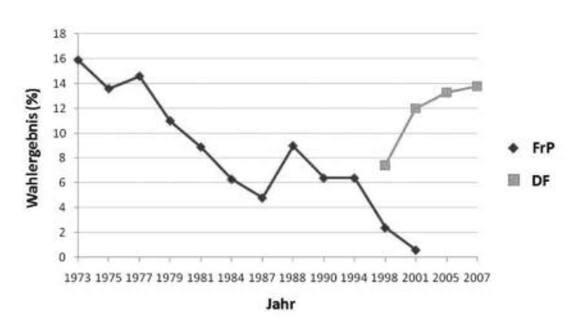
Als erstes ist festzuhalten, dass sich in der vergleichenden Analyse der aktuellen Situation ein interessantes und zunächst überraschendes Bild eröffnet:

Wir haben es hier mit 3 Ländern zu tun, die in geschichtlicher, kultureller und politischer Hinsicht eine Homogenität aufweisen, wie sie in kaum einem Kulturraum Europas zu finden ist. Dies macht sie wissenschaftlich gut vergleichbar, auch hinsichtlich ihrer Voraussetzungen für die Erfolgschancen rechter Parteien. Anzunehmen wären hier also auch vergleichbare Bilanzen – die Realität stellt sich jedoch wie so oft anders dar.

Denn trotz äußerst ähnlicher Gegebenheiten in den drei Ländern ist eine deutliche Diskrepanz hinsichtlich rechtspopulistischer Erfolge festzustellen: Während in Dänemark und Norwegen rechtspopulistische Parteien zu den erfolgreichsten Vertretern ihrer Art in ganz Europa zählen, fristen sie in Schweden – zumindest bisher – ein eher marginales Dasein.

> Dänemark

Die oben bereits erwähnte Dänische Volkspartei, die seit nunmehr über 16 Jahren der Leitung von Pia Kjærsgaard untersteht, Galionsfigur und einende Kraft der skandinavischen Rechtspopulisten, gründete sich 1995 als Abspaltung einer nationalen Steuerprotestpartei . Seitdem wandelte sich die Partei zu einer kulturell ausgerichteten und straff geführten populistischen Bewegung, die sich insbesondere die Verschärfung des Asylrechts, die Verteidigung der inneren Sicherheit und nationalen Protektionismus auf die Fahnen geschrieben hat. Das Schüren gesellschaftlicher Ängste und die Heraufbeschwörung einfacher, aber wirkungsvoller Feindbilder entsprechen dabei arttypischen populistischen Taktiken. Die gewünschte Wirkung erzielt dies: Die Partei kann einen stetigen Aufwärtstrend für sich verbuchen, duldet seit 2001 die konservative Minderheitsregierung und konnte bei den letzten Wahlen 2007 mit 13,9 % und 25 Sitzen im Parlament ihr bislang bestes Ergebnis erzielen.



> Norwegen

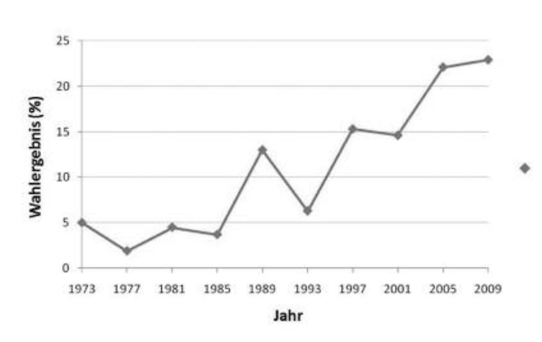
In Norwegen haben wir es in vielen Punkten mit einer vergleichbaren Situation zu tun. Die norwegische Fortschrittspartei blickt auf eine ähnliche Geschichte zurück, auch sie spaltete sich Mitte der neunziger Jahrevon einer ökonomisch ausgerichteten populistischen Steuerprotestpartei ab und gab sich einen neue Ausrichtung mit rechter Schlagseite, machte EU-Kritik und Einwanderung zu ihren zentralen Themen. Carl Ivar Hagen, der aufgrund seiner 28 Jahre andauernden autoritären Parteiführung in Norwegen auch als „König Carl" bekannt ist, lenkte die Partei mit populistischem Gespür auf Erfolgskurs, was zu einer Duldung der 2001-2005 amtierenden Minderheitsregierung führte.

Aktuell wurde mittels eines breiten linken Bündnisses eine Duldung durch die Rechtspopulisten umgangen – jedoch bilden diese nach einem Wahlerfolg von 22,9 % (2009) mit 41 Sitzen die zweitstärkste Kraft in Norwegen und eine übermächtige Opposition.

In beiden Ländern bedeutete insbesondere die Duldung der in Skandinavien üblichen Minderheitsregierungen für die Rechtspopulisten einem riesigen Sprung nach vorn.

Neben massiven und sehr direkten Einflussmöglichkeiten auf die realpolitischen Entwicklungen fand durch die Duldung außerdem eine gewisse Legitimation der Rechtspopulisten seitens der etablierten gemäßigten Parteien statt. Man signalisiert, dass sie ernst genommen werden, akzeptiert sie als politische Größe und ist zu Kompromissen und Zugeständnissen bereit. Dies wiederum färbt auf das Bild rechter Parteien in der Gesellschaft ab: sie gelten zunehmend als legitime und seriöse, wählbare Parteien. Die Wahlerfolge zeigen, dass Dänische Volkspartei und Fortschrittspartei im öffentlichen Bewusstsein längst im politischen Mainstream angekommen sind.

Wirkung dieses gesteigerten Einflusses ist außerdem, dass „Tabuthemen“ und illegitime Forderungen der Rechtspopulisten nun ganz offen in Politik und Gesellschaft diskutiert werden und somit ein „Milieu der Selbstverständlichkeiten“ für Themen des rechten Randes entsteht, die nicht selten Prinzipien von Ethik, Humanität und Toleranz erschüttern.



Rechtspopulistische Bilanzen

SCHWEDEN

NyD
SD
Wahlergebnis (%)
Jahr

Durchbruch 2010: 5,7% (20 Sitze)

> Schweden

Während sich die Situation in Dänemark und Norwegen also auf vergleichbare Weise als besorgniserregend darstellt, sieht es in Schweden (noch) anders aus: Mit Ausnahme eines kurzen Intermezzos, das der im reinsten Sinne rechtspopulistischen Partei „Neue Demokratie“ 1995 einmalig den knappen Einzug ins schwedische Parlament ermöglichte, gab es in Schweden bis vor kurzem keine erwähnenswerten parteipolitischen Herausforderer am rechten Rand. In den letzten Wahlen im September 2010 jedoch konnte die rechtspopulistische Partei „Schwedendemokraten“, die auf kommunaler Ebene bereits seit einigen Jahren an Einfluss gewinnen, erstmals mit 5,7 % der Stimmen die Sperrklausel überwinden und in den schwedischen Riksdag einziehen.

„Schwedische Immunität“ – ein Exportschlager?

Aus diesen unterschiedlichen Bilanzen rechtspopulistischer Parteien innerhalb eines so homogenen Kulturraumes ergibt sich eine Reihe interessanter Fragen: Was sind die Erklärungsgründe für so unterschiedliche Bilanzen? Liegt die Ursache für den relativen Misserfolg rechter Parteien in Schweden bei den Herausforderern selbst, oder gibt es etwa eine Art Gegenstrategie, die rechte Politpropaganda in Schweden ausbremst? Und wenn ja, könnte diese zum „Exportschlager“ werden?

Interne Gründe für Misserfolge

Eine der Antworten auf diese Fragen ist ein Stück weit ernüchternd: Schlicht und ergreifend gab es in Schweden bislang im Vergleich zu den Nachbarländern einen Mangel an professionell aufgestellten, gut organisierten und effektiv geführten rechtspopulistischen Parteien. Neue Demokratie, der Einmalerfolg der neunziger Jahre, zerschlug sich mit desolater Parteiaufstellung, internen Richtungsstreits und einem Mangel an Inhalten selbst, sie waren dem Einzug ins Parlament und der realpolitischen Herausforderung nicht gewachsen und lösten sich nach wenigen Jahren auf. Die aktuell interessante Partei der Schwedendemokraten gründete sich schon 1988, hatte jedoch viele Jahre mit ihrer Vergangenheit im rechtsextremen Milieu zu kämpfen. Ihr haftete das Stigma des Extremismus an, das ihr in den Weg zu Wählerstimmen und in den Mainstream versperrte. Strikte Öffentlichkeitsarbeit und straffe Führung bewirken, dass die Partei es zusehends schafft, sich von diesem Image zu lösen – dennoch: ein langer steiniger Weg, den die norwegischen und danischen Parteien nicht zurücklegen mussten.

Isolationskurs als effektive Gegenstrategie?

Interessanter und weniger dem Zufall zuzuschreiben ist anderer Faktor, der sich erfolgshemmend auf die schwedischen Rechtspopulisten auswirkt: das Verhalten der etablierten Parteien der politischen Mitte gegenüber den neuen Herausforderern. Schwedens Parteien haben es im Gegensatz zu den anderen Ländern geschafft, die Rechtspopulisten politisch zu isolieren: Sie haben immer wieder klar gemacht, dass es sich um illegitime Herausforderer handle, auf ihre rechtsextremen Wurzeln verwiesen, Koalitionen, Duldung oder jegliche Zusammenarbeit einheitlich und lagerübergreifend abgelehnt. Dies hatte auch Einfluss auf das Verhalten der Medien: Drei der größten Zeitungen Schwedens weigerten sich über Jahre hinweg, Wahlkampfwerbung der Rechtspopulisten zu veröffentlichen – in der Gesellschaft verankerte sich so das Bild einer illegitimen Randpartei.

Diese Isolation klingt vorbildlich und nach einer effektiven Gegenstrategie, ist jedoch nicht ohne Einschränkungen als Lösung haltbar. Denn es bleibt zu beachten, dass vor 2010 erst ein einziges Mal eine rechtspopulistische Partei überhaupt im Reichstag saß und auch in diesem Fall keine wirklich ernstzunehmende Konkurrenz für die etablierten Parteien darstellte. Demnach wurde der Isolationskurs bislang verhältnismäßig wenig herausgefordert und es bleibt in Frage zu stellen, wie lang dies im Falle wachsender rechtspopulistischer Erfolge derart konsequent im Kampf um die Regierungsmacht beibehalten werden wird. Einen kleineren bitteren Vorgeschmack bietet die Tatsache, dass zwei der großen Zeitungen ihren Boykott bereits aufgehoben haben, nach eigenen Angaben zugunsten der Pressefreiheit und eines fairen Wahlkampfes.

Fazit: Wachsamkeit statt Optimismus

In Anbetracht dieser Erklärungsansätze sowie der wenngleich langsam ansteigenden, jedoch stetig wachsenden Erfolgsbilanzen der schwedischen Rechtspopulisten wäre es kurzsichtig und allzu optimistisch, von einer „schwedischen Immunität“ gegen den neuen Rechtspopulismus auszugehen. Vielmehr kann befürchtet werden, dass sich eine vergleichbare Entwicklung wie in Dänemark und Schweden auch hier zeitlich verzögert vollziehen könnte – insbesondere falls eine neue gut aufgestellte Partei mit sauberer Vergangenheit in Schweden das politische Parkett beträte und sich die allmähliche Veränderung des politischen und gesellschaftlichen Klimas in Skandinavien zu Nutze zu machen wüsste.

Dies alles ist unangenehme Zukunftsmusik, die uns aufhorchen lassen sollte. Bittere Realität ist schon jetzt, dass Skandinavien seinem internationalen Ruf von Toleranz, Offenheit und einer sehr starken sozialdemokratischen Dominanz nicht mehr gerecht wird und Gefahr läuft, sich zu einer europäischen Hochburg des Neuen Rechtspopulismus zu entwickeln.

Nina Schillings ■

Nazikonzert in Rohrbach-lès-Bitche (Lothringen / Frankreich)

Am Samstag, den 9. Juli 2011 fand in einer Sporthalle im französischen Rohrbach (Lothringen) ein Neonazikonzert mit circa 2.500 Besuchern statt, die vor allem aus der Bundesrepublik Deutschland und dem angrenzenden Ausland angereist waren. Auf diesem Konzert, das bereits seit mehreren Monaten öffentlich in zahlreichen neonazistischen Webseiten und Foren beworben wurde, spielten die in Neonazikreisen sehr beliebten Bands „Bound for Glory“ (USA), „Division Germania“ (Mönchengladbach), „Brutal Attack“ (UK), „Frakass“ (Lyon/Frankreich) sowie „Jungsturm“ (Saarland).

Das Konzert wurde von Aktivisten der rassistischen „Hammerskin-Nation (HSN)“ aus Deutschland und Frankreich unter maßgeblicher Beteiligung des Ludwigshafener „Hammerskins“ Malte Redeker sowie der saarländischen „Hammerskins“ um Frank Molina (Saarbrücken), Frank Mailänder (Bous) und Robert Kiefer (Püttlingen) organisiert. Frank Molina ist der Frontmann der aus dem Saarland stammenden Band „Jungsturm“, die seit Jahren zu den bedeutendsten neonazistischen Musikgruppen in der Bundesrepublik gehört. Die Hammerskins verstehen sich als elitäre, rassistische Bruderschaft mit paramilitärischer Ausrichtung, die unter dem Dach der sog. „Hammerskin-Nation (HSN)“ international agiert. Den Kern ihrer Ideologie bilden Vorstellungen von der „Reinheit und Überlegenheit der arischen Rasse“. Als Schleusungspunkt für das Konzert fungierte der Kauflandparkplatz in Merzig, auf dem sich seit dem Nachmittag mehrere hundert Neonazis einfanden, die wegen Platzmangels auch in die Merziger Innenstadt auswichen. Die Polizei ließ sich trotz der beängstigenden Menge von zeitweise an die 300 Neonazis lediglich mit einem Streifenwagen blicken.

Die Wahl des Konzertortes im grenznahen Frankreich erfolgte nicht zufällig, konnten die Hammerskins doch in den letzten Jahren regelmäßig problemlos Konzerte in Baden-Württemberg, dem Saarland oder in Elsass-Lothringen mit zum Teil über 1.000 Besuchern durchführen, ohne von staatlicher Seite daran gehindert zu werden. Auch in Rohrbach waren nicht mehr als zwei Streifenwagen zur Kontrolle der über 2.500 Neonazis zu sehen, obwohl die Behörden in Deutschland und Frankreich auf die Versammlungen aufmerksam gemacht wurden.

Rohrbach ist eine kleine französische Gemeinde in Lothringen mit etwa 2.200 Einwohnern und liegt gut erreichbar etwa 35 km von Saarbrücken und 30 km von Zweibrücken entfernt.

Die Konzertbesucher stammten überwiegend aus dem bundesdeutschen Raum, so beispielsweise aus den Landkreisen Aschaffenburg, Anhalt-Bitterfeld, Weimarer Land, Böblingen, Bielefeld, Chemnitz, Rhein-Lahn-Kreis, Rheinisch-Bergischer Kreis, Oberbergischer Kreis, Homburg (Saar), Kreis Bergstraße, Schwalm-Eder-Kreis, Leipzig, Dahme-Spreewald, Leverkusen, Limburg-Weilburg, Main-Kinzig-Kreis, Neckar-Odenwald-Kreis, Neustadt an der Waldnaab, Neunkirchen (Saar), Oberhausen, Pirmasens, Recklinghausen, Stuttgart, Saarbrücken, Schwabach, Saarlouis, Wesel, Wiesbaden, Rems-Murr-Kreis, Würzburg, Zweibrücken sowie aus Frankreich, Luxemburg und der Schweiz.

Es muss festgestellt werden, dass sich das Saarland in den letzten Jahren zu einem organisatorischen Schwerpunkt des Rechtsrock entwickelt hat. Dies wird durch die Aufnahme saarländischer Kameradschaftsaktivisten in das internationale Hammerskins-Netzwerk deutlich. Diese agieren bei den „Hammerskins Westmark“, benannt nach dem Gau Westmark und sind dort für einen Teil der über die letzten Jahre geschaffenen Infrastruktur der Hammerskins im südwestdeutschen Raum und im angrenzenden Frankreich verantwortlich.

ANTIFA SAAR / PROJEKT AK – 10.7.2011, www.antifa-saar.org ■

Lagebild zur Nazi-Gewalt in Sachsen deutlich geschönt

Zum Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz

Zum heute (1.7.2011) vorgestellten Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz für das Jahr 2010 erklärt Kerstin Köditz, Sprecherin für antifaschistische Politik der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag:

Der Bericht bestätigt einmal mehr, dass der Verfassungsschutz keine Institution ist, die objektiv Fakten und Entwicklungen analysiert, sondern weitgehend auf seine Rolle als Propagandainstrument des jeweiligen Innenministers reduziert werden muss. Ich kann zwar der Einschätzung einer Konzentration der Gewalt durch Neonazis im Osten Deutschlands nicht widersprechen, doch sollte darauf hingewiesen werden, dass das Lagebild, auf dem dieses Urteil beruht, deutlich geschönt ist. Sachsen weist den drittschlechtesten Wert mit 2,3 Gewalttaten durch Rechte je 100.000 Einwohner aus.

Dabei muss berücksichtigt werden, dass die unrealistischen Angaben des sächsischen Innenministeriums zur Ermittlung dieses Wertes übernommen wurden. Dieses gibt für 2010 lediglich 98 Gewalttaten aus diesem Spektrum an, während die Opferberatungsstellen von mindestens 239 rechtsmotivierten und rassistischen Angriffen in Sachsen ausgehen.

Sollten die anderen Bundesländer die Gefahr nicht in ähnlicher Weise klein geredet haben, läge Sachsen somit auf einem traurigen Spitzenplatz bundesweit.

Vollends lächerlich wird der Bericht bei der Beurteilung des so genannten Linksextremismus. Einerseits wird ein Absinken der Gewalttaten in diesem Spektrum um gut 15 Prozent konstatiert, andererseits wird sofort anschließend angemerkt, dass die Bereitschaft zur Gewalt links gestiegen sei. Sachsen soll dabei bundesweit an zweiter Stelle liegen, mit erheblich mehr linken als rechten Straftaten. Wer die Geschehnisse im Freistaat in den letzten Monaten auch nur oberflächlich betrachtet hat, weiß, dass und wie hier Straftaten konstruiert werden.

In Sachsen war schon immer Vorsicht gegenüber den offiziellen Zahlen des Verfassungsschutzes geboten. Der aktuelle Bericht des Bundesamtes unterstreicht, dass man tatsächlich nur den Statistiken glauben sollte, die man selbst gefälscht hat.

PM Kerstin Köditz, Sprecherin für antifaschistische Politik der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag ■

Bundesregierung missachtet sowjetische NS-Opfer

„Den wohlfeilen Worten anlässlich des 70. Jahrestages des Überfalls auf die Sowjetunion folgen keine Taten: Eine Entschädigung für sowjetische Kriegsgefangene lehnt die Bundesregierung ab", kritisiert die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, mit Blick auf die Antwort auf eine Kleine Anfrage (17/6156). Jelpke weiter: „...Die Bundesregierung bleibt bei ihrer Haltung der Entschädigungsverweigerung: Den Ausgleich für Kriegsgefangenschaft sieht sie als eine ‚Reparationsangelegenheit‘, die 66 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ‚endgültig erledigt‘ sei. Das ist ein Schlag ins Gesicht all jener Opfer, die noch leben und zeugt von unfassbarem Zynismus. Anstatt einzuräumen, dass die sowjetischen Kriegsgefangenen Opfer einer systematisch betriebenen, rassistisch motivierten Vernichtung geworden sind – rund drei Millionen haben die deutsche Haft nicht überlebt – , flüchtet sich die Bundesregierung in die Floskel, sie seien ‚häufig in einer Weise behandelt worden, die mit den damaligen Regeln des humanitären Völkerrechts nicht vereinbar waren‘. Dass

→

FN: Antisemit Yvan Benedetti doch nicht auf Dauer, sondern für zwei Jahre ausgeschlossen

Was blüht einem Parteimitglied, das öffentlich Sprüche klopft wie folgenden: „Ich bin Antizionist, Judenfeind (*antijuif*) und Antisemit"? Das ferner ein Mitglied des parteieigenen Jugendverbands körperlich angegriffen haben soll, und in Stellungnahmen die aktuelle Parteiführung harsch kritisiert hat?

Viele Beobachter glaubten jedenfalls, dass die sich „modern" und mehr oder minder geläutert gebende Vorsitzende (seit Januar 2011) des Front National, Marine Le Pen, einen Ausschluss verhängen werde. Der Delinquent, um den es ging und noch immer geht, ist der 1965 geborene Yvan Benedetti. Bis zum 1. August 2010 war er die „Nummer zwei" in der Hierarchie der offen faschistischen und antisemitischen Splittergruppe *L'Oeuvre française* unter Pierre Sidos; danach legte er dieses Amt „auf Bitten von Jean-Marie Le Pen" nieder, um den innerparteilichen Wahlkampf für einen der beiden Kandidaten um den Vorsitz – Bruno Gollnisch – zu koordinieren.



A propos *L'Oeuvre française*: Dieser 1968 gegründeten Gruppierung gehörten u.a. auch die vier jungen Männer aus Reims an, die im Jahr 1995 – am Rande des jährlichen 1. Mai-Aufmarschs in Paris „zu Ehren der Nationalheiligen Jeanne d'Arc" – den Marokkaner Brahim Bouraam in der Seine ertränkten. Ebenfalls aus den Reihen von *L'Oeuvre française* kam der 20jährige Alexandre Gabriac, von dem im März 2011 Fotos bei Facebook auftauchten, die ihn beim Posieren mit zum Hitlergruß erhobenem, rechtem Arm zeigen.

Gabriac war damals Kandidat des FN bei den zwei Tage später im zweiten Durchgang stattfindenden Bezirksparlamentswahlen (im Raum Grenoble), und zugleich jüngster Regionalparlaments-Abgeordneter ganz Frankreichs (in Lyon) sowie Mitglied im „Zentralkomitee" genannten dritthöchsten Führungsgremium der rechtsextremen Partei. Infolge der Peinlichkeit, die das Auftauchen der Fotos am Vor-Vorabend der Stichwahl zu den Bezirksparlamenten für die Partei bedeutete, schloss deren Chefin Marine Le Pen den jungen Mann aus.

Ähnliches hätte man, nach all seinen Sprüchen, auch gegenüber Yvan Benedetti erwarten können. Hatte doch FN-Generalsekretär Steeve Briois (der Mann, der den höchsten aktuellen Wahlerfolg der Partei in Hénin-Beaumont verkörpert) anlässlich des Ausschlusses von Alexandre Gabriac noch erklärt:

„Es gibt keinen Platz beim Front National für Personen, die dieser Ideologie anhängen." Und er fügte damals hinzu: „Es ist auch eine Botschaft für die, die versuchen sollten, Entrismus zu betreiben (*Anm.: d.h. ihn zu unterwandern, als Doppelmitglieder anderer, ‚radikalerer' Organisationen*). Ich denke an *L'Oeuvre française*." (Zitiert n. Les dossiers du Canard enchaîné: Les dégâts de la Marine, Juli 2011, S. 47.)

Nachdem am 16. Juni der elfköpfige Ausschuss für Disziplinarstrafen der Partei zusammengetreten war und beraten hatte, lag die letztendliche Entscheidung nunmehr allein bei der Chefin. Denn der Ausschuss kann Empfehlungen abgeben, aber den definitiven Beschluss fällt der oder die Parteivorsitzende.

Nach der Sitzung hatte man nun einige Wochen lang nichts mehr dazu vernommen. Aber am Sonntag, den 10. Juli 2011 vermeldete die Nachrichtenagentur AFP, die Entscheidung sei nunmehr gefallen: Marine Le Pen sei einer Empfehlung der Disziplinarkommission gefolgt und habe einen Ausschluss auf Zeit für eine zweijährige Dauer verhängt. Ein entsprechendes Schreiben sei abgeschickt, aber dem Empfänger bislang noch nicht zugestellt worden. Angesichts des – inhaltlich – gravierenden Charakters offenkundig ein Ergebnis, das unterhalb der Erwartungen vieler Beobachter bleibt.

Bruno Gollnisch seinerseits hat sich „sehr enttäuscht" über den, seinen (sozusagen…) rechten Arm Benedetti betreffenden, Beschluss erklärt. Der prominente Parteifunktionär fügte hinzu: „*Ich bedauere diesen Ausschluss, es war ein Aktivist von großer Qualität. Ich hätte es gern gesehen, dass Marine Le Pen mehr Fingerspitzengefühl an den Tag legt.*"

In der ausgestreckten rechten Hand… ?

Bernhard Schmid, Paris ■

Kriegsgefangene von den Entschädigungsprogrammen für Naziopfer und Zwangsarbeiter konsequent ausgeschlossen wurden, verteidigt sie. Die Regierung will nicht einmal nach Möglichkeiten für humanitäre Hilfen für in Not befindliche Überlebende suchen. Dabei beruft sie sich auf einen sowjetischen Reparationsverzicht aus dem Jahr 1953. Doch hier geht es nicht um Ansprüche, die Regierungen erheben oder auf die sie verzichten könnten. Es geht darum, dass das Leid, das die deutschen Faschisten angerichtet haben, entschädigt wird – und zwar gegenüber allen, denen Leid angetan wurde und deren Notlage keineswegs ‚endgültig erledigt' ist." Die vollständige Antwort kann von meiner Homepage heruntergeladen werden.

www.ulla-jelpke.de ■

Aktuelle Ergänzung zu: FN, FPÖ & Adolf Hitler

In unserer vorletzten Ausgabe berichteten wir über die gemeinsame Pressekonferenz von FN-Chefin Marine Le Pen und des FPÖ-Vorsitzenden Heinz-Christian Strache am 8. Juni im Europaparlament in Strasbourg. In deren Verlauf wurden Strache und Le Pen ausfällig, weil Journalisten hatten wissen wollen, warum FPÖ-Kommunalparlamentarier in österreichischen Kleinstädten zum Teil gegen die Aberkennung der früher an Adolf Hitler verliehenen „Ehrenbürgerschaft" gestimmt hatten. In ihrem Interview mit dem österreichischen Magazin NEWS (Ausgabe vom 7.7.11) wurde Marine Le Pen mit einer Nachfrage konfrontiert („…ist es verboten, Sie zu fragen, was Sie von der Aberkennung der Ehrenbürgerschaft Adolf Hitlers in manchen österreichischen Gemeinden halten?"), die ihr ganz offenkundig nicht behagte. Sie beließ es daraufhin jedenfalls bei folgender Antwort: „Gar nichts ist verboten. Nur habe ich mich damals bei der Pressekonferenz mit Monsieur Strache in Straßburg ausführlich dazu geäußert, und damit soll es auch gut sein."

Bernhard Schmid, Paris ■

Residenzpflicht abschaffen !

Klage gegen 10 Euro Gebühr kommt vor das Oberverwaltungsgericht Sachsen-Anhalts.

Von einigen Ausländerbehörden in Sachsen-Anhalt – wie auch in anderen Bundesländern – wird für das Einholen einer Erlaubnis, den Landkreis verlassen zu dürfen, von Flüchtlingen eine Gebühr von 10 Euro erhoben. Komi E. klagte 2007 gegen diese repressive Gebühr und bekam vor dem Verwaltungsgericht Halle Recht. Urteil: das Erheben von Gebühren für die Erteilung einer Verlassenserlaubnis ist rechtswidrig.

Gegen dieses Urteil beantragte der Landkreis Saalekreis jedoch die Abweisung der Klage. Nun soll der Fall vor dem Oberverwaltungsgericht des Landes Sachsen-Anhalt in Magdeburg im Sommer 2011 erneut verhandelt werden. Im Zuge dessen wollen wir den öffentlichen Druck erhöhen und lauthals unsere Forderungen auf den Straßen Magdeburgs kundtun:



- **Residenzpflicht abschaffen! Das Menschenrecht auf Bewegungsfreiheit muss Praxis werden!**
- **Die Praxis der kapitalistischen Ausbeutung von Flüchtlingen in deren Herkunftsländern und in Deutschland muss ein Ende haben: Ein Ende der 10 -Euro Gebühr!**
- **Ein Ende den gezielten Polizeikontrollen im Sinne des racial profiling!**

Auch möchten wir euch hiermit gerne schon einmal auf die nächste Demonstration in Merseburg aufmerksam machen: **Demonstration:** Ensemble en Action. Bewegungsfreiheit für Flüchtlinge. Residenzpflicht abschaffen.

Freitag, den 29. Juli 2011 in Merseburg (Sachsen-Anhalt). Start 12:00 Uhr am Hbf Merseburg, anschließend mit Musik, Essen und Transpimalerei auf dem Domplatz.

Abfahrt aus Berlin mit Bus und Bahn. Treffpunkt 9:00 Uhr (pünktlich) vor dem Reisezentrum im S-Bahnhof Alexanderplatz. Um Anmeldung wird gebeten: Email: togoactionplus@googlemail.com

Komi ITAP e. V. - Initiative Togo Action Plus e.V.
http://togoactionplus.wordpress.com ■

Brandanschlag auf „Anton Schmaus Haus" in Neukölln

BERLIN. In der Nacht zum 27. Juni wurde auf das Kinder- und Jugendzentrum „Anton Schmaus Haus" (ASH) der Falken in Berlin-Neukölln ein politisch motivierter Brandanschlag verübt. Der CURA Opferfonds hilft den über 200.000 Euro großen Schaden zu beheben. „Zum Glück wurde niemand verletzt!" sagt Andrew Walde, Gruppenleiter der Falken. Nur 24 Stunden vor dem Anschlag auf die Jugendeinrichtung in Neukölln hatte er hier mit zehn Kindern zwischen 6 und 10 Jahren übernachtet. Eine Woche zuvor war eine Jugendgruppe aus Israel hier zu Gast. Das Zentrum war schon öfter betroffen von neonazistischen Attacken, allerdings nie so heftig, wie in dieser Nacht. „Das gesamte Haus ist durch den Brand betroffen, ein Großteil der Einrichtung ist unbenutzbar geworden", beschreibt Walde die Situation vor Ort.

Der Schaden

„Wir sprechen hier bei den Aufbaukosten für das Haus von etwa 200.000 Euro Schaden", erklärt Walde. Dabei sind das Mobiliar, EDV-Geräte oder Materialien für die Jugendarbeit noch nicht einberechnet. Der exakte Schaden ist jedoch noch nicht absehbar, da das Haus zunächst gesichert werden muss. „Die Versicherung übernimmt zum Glück weitgehend die Schäden an der Bausubstanz", so Walde. Das größte Problem ist der Verlust des Inventars der Einrichtung. Viele Dinge waren Sachspenden, die zwar einen geringen Zeitwert haben, die für die Arbeit aber sehr wertvoll waren und deren Wiederbeschaffung enorm teuer ist. Besonders akut ist der Verlust der Zelte und Materialien für das kurz bevorstehende Jugendzeltlager der Falken. In das dreiwöchige Zeltlager fahren dieses Jahr viele Neuköllner Kinder und Jugendliche aus unterschiedlichsten sozialen Herkünften nach Dänemark. Für das Anschaffen neuer Zelte ist kein Geld vorhanden. „Solche Dinge sind zur Zeit unser größtes Problem", erklärt Walde. Zwar hat ein anderer Falkenverband schon Zelte angeboten, der Transport muss jedoch auch finanziert werden.

Die Arbeit steht still

Nicht nur die Organisation des Zeltlagers leidet enorm, auch das komplette Sommerferienprogramm der Kinder- und Jugendlichen muss neu konzipiert und umstrukturiert werden. Durch die fehlenden Räumlichkeiten, Bastelmaterialien und die zerstörte Werkstatt sind die Jugendleiter gezwungen sich alternative Programmpunkte für die Kinder zu überlegen. Die eigentlich geplante Jugendarbeit steht jedoch weitgehend still. Damit dies nicht so bleibt, sind die Falken enorm auf Spenden angewiesen. „Wir versuchen zu erkennen, welche Dinge am akutesten benötigt werden, hierfür verwenden wir dann die Förderung", beschreibt der Gruppenleiter den Umgang mit den Spenden. „Außerdem sind wir natürlich über jede Kleinigkeit dankbar!" fügt er hinzu.

Eindeutig politische Motivation

Dass der Anschlag politisch motiviert war, steht auch ohne ein Bekennerschreiben seitens der Neonazis außer Frage. In der gleichen Nacht wurden in Berlin noch fünf weitere Einrichtungen Opfer der Attacken. Dabei handelte es sich um meist linke Einrichtungen, wie beispielsweise zwei alternative Wohnprojekte in Pankow. Auch hier wurde versucht das Haus in Brand zu stecken, zum Glück ohne Erfolg. „Wir wurden auch von der MBR gewarnt", erzählt Walde. Diese hatte einige Wochen zuvor auf Nazi-Foren Ankündigungen der Tat mit Screenshots dokumentiert und an die Falken weitergeleitet. Auch wenn nicht unbedingt davon auszugehen ist, dass der Anschlag aus der organisierten Neonaziszene stammt, so kann jedoch davon ausgegangen werden, dass zumindest eine neonazistische autonome Gruppe dahinter steckt. Der polizeiliche Staatsschutz ermittelt in diesem Fall mit Hochdruck.

Da die wertvolle Jugendarbeit der Falken in Neukölln durch den Brandanschlag massiv eingeschränkt ist, hat der Opferfonds CURA schnelle Hilfe für den Wiederaufbau des „Anton Schmaus Haus" zugesagt.

Lisa Lehmann ■

Anton Schaus Haus nach dem Brandanschlag Quelle: http://www.wir-falken.de



Das Gesicht des Gettos Bilder jüdischer Fotografen aus Litzmannstadt 1940-1944



KÖLN. Berührende und verstörende Szenen vom Alltag im Getto sind vom 13. Juli bis 4. September 2011 in der neuesten Ausstellung des NS-Dokumentationszentrums zu sehen. Konzipiert hat sie die Berliner Gedenkstätte „Topographie des Terrors“. Die weitgehend unbekannten Bilder zeigen nicht die Täterperspektive, sondern stammen von jüdischen Fotografen, die selbst im Getto gefangen und täglich vom Tod bedroht waren. Sie dokumentieren eindringlich die Spannung zwischen der ausweglosen Situation der Betroffenen und ihrem Bemühen, ihre Würde zu erhalten und so lange wie möglich zu überleben. Der Ausstellung gelingt es, die Persönlichkeit der Fotografen ebenso herauszustellen wie auch einen tiefen Einblick in die Gefühlslage der Menschen im Getto zu geben.

In der Industriemetropole Łód , bald nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht in Polen in Litzmannstadt umbenannt, errichtete die deutsche Besatzungsverwaltung das nach Warschau zweitgrößte Getto, das am längsten im deutschen Machtbereich existieren sollte. Auf engstem Raum im ohnehin armen Stadtteil Bałuty mussten sich seit dem Frühjahr 1940 über 160.000 polnische Juden notdürftig einrichten. Im Herbst 1941 trafen die ersten Deportierten aus dem „Großdeutschen Reich“ ein: 20.000 Männer, Frauen und Kinder aus Prag, Wien und Luxemburg sowie aus Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg und Köln.

Die Situation, auf die die „Westjuden“ trafen, war schockierend und machte schlagartig deutlich, was die Nationalsozialisten mit ihrer antijüdischen Politik beabsichtigten. Mehrere zehntausend Menschen starben im Getto an Hunger, Krankheiten und Gewaltverbrechen. Annähernd 80.000 Menschen ermordeten die Nationalsozialisten im Frühjahr und Herbst 1942 sowie im Sommer 1944 im Vernichtungslager Kulmhof. Diejenigen, die ihr Leben bis dahin noch hatten retten können, wurden mit der Auflösung des Gettos im August 1944 nach Auschwitz deportiert. Nur wenige überlebten.

„Das Gesicht des Gettos“ zeigt das NS-Dokumentationszentrum als erste von zwei Ausstellungen anlässlich des 70. Jahrestages dieser Deportationen. Sie sind dem Andenken an die 2.000 dorthin verschleppten Kölnerinnen und Kölner gewidmet, von denen nur 24 überlebten.

NS-Dokumentationszentrum Köln, Appellhofplatz 23-25, mehr Infos: www.ns-dok.de

Ein Umtriebiger – der »Hochverräter« Jupp Mallmann hat seine Erinnerungen aufgeschrieben

Die Episode erinnert ein wenig an Jaroslav Haseks »Braven Soldaten Schwejk«: Für den 3. Mai 1954 hatte die Frau des wegen »Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens« seit sechs Monaten im nordrhein-westfälischen Hamm in Untersuchungshaft einsitzenden Kommunisten Josef »Jupp« Mallmann zum dritten Mal Besuchserlaubnis bekommen. »Als wir uns am Tisch in der Besucherzelle gegenübersaßen, fragte ich den überwachenden Staatsanwalt: ›Darf ich meiner Frau sagen, dass ich am 1. Mai eine rote Fahne aus dem Zellenfenster gehalten habe mit der Aufschrift ›Für Frieden und Freiheit – sechs Monate in Untersuchungshaft‹?‹ Ich bekam den Hinweis, es besser sein zu lassen. Meine Frau hatte verstanden.« So kam Mallmanns Maifeier in die Zeitung der KPD, drang so auch zum Sechsten (politischen) Strafsenat des Bundesgerichtshofs in Karlsruhe, auf dessen Anordnung hin er am 2. November 1953 um 6.15 Uhr morgens verhaftet worden war. Von einer Hausstrafe wollte der Untersuchungsrichter nun noch einmal absehen, forderte aber die Zusage, dass sich so etwas nicht wiederholt. Mallmanns Antwort: »Das liegt daran, ob ich am 1. Mai 1955, also in einem Jahr, immer noch in Haft bin, was ich nicht hoffe.«

Nicht alles, was in diesem kleinen Band aus dem Verlag Wiljo Heinen in der Reihe »Weißdruck« veröffentlicht wurde, lässt den Leser schmunzeln. Der Band enthält auf gut 100 Seiten komprimiert die Lebensgeschichte eines Umtriebigen, eines Kommunisten, der bei seiner Fahne geblieben ist, trotz mancher Beulen am Kopf, die er u.a. als bundesweit zur Fahndung ausgeschriebener »Illegaler« in den zwölf Jahren nach dem KPD-Verbot von 1956 davontrug. Sein Text wird ergänzt durch eine sachkundige Abhandlung über die Entwicklung der altbundesdeutschen politischen Sonderjustiz (die es angeblich nie gegeben hat) durch den renommierten Jurist Erich Buchholz.

Beide Texte sind eine Gedächtnisstütze und »Jubiläumsfestschrift« der besonderen Art: Am 11. Juli 1951, also vor 60 Jahren, verabschiedete der Bundestag gegen die Stimmen der KPD-Abgeordneten und weniger Vertreter anderer Parteien das »Erste Strafrechtsänderungsgesetz«, das sogenannte Blitzgesetz (siehe auch junge Welt vom 6. Juli, Seiten 10/11) Dessen Erlass, analysiert Buchholz, »ist beispiellos einmalig in Deutschland – wobei ich die Nazizeit außer Betracht lasse.« Erlassen wurde es zu dem Zweck, »eine scheinbare rechtsstaatliche Grundlage für eine Verfolgung der Kommunisten und ihrer Sympathisanten zu schaffen, um diese und ihre Partei – unabhängig von dem bereits auf den Weg gebrachten Parteiverbot – mundtot zu machen, und zwar durch Strafverfahren und Freiheitsentzug.«

Hans Daniel in Junge Welt, 11.7.2011 ■

Jupp Mallmann: Hat aufgeschrieben – Mit Anmerkungen zur BRD-Sonderjustiz von Erich Buchholz. Verlag Wiljo Heinen, Berlin 2011, 112 Seiten, 6 Euro

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Anlässe für Aufstände – und sie kommen nicht

Junge Freiheit Nr. 27/11
vom 1. Juli 2011

Zwei Themen widmet das Blatt gleich mehrere Artikel: zum einen der „Endkampf um die europäische Einheitswährung“ und zum anderen die neuesten Entwicklungen in der Schulpolitik. Beim Euro hofft das Blatt auf den Aufstand der „Steuerbürger“, weil eine demokratisch verfasste EU nicht möglich sei und nur der Nationalstaat über Einnahmen und Ausgaben entscheiden könne. Zum anderen versucht sich das Blatt als Sprachrohr des Mittelstandes zu geben. „Hunderte Inhaber von Familienunternehmen beziehen eine diametral entgegengesetzte Position. Sie sprechen von einem ‚verhängnisvollen Weg‘, der mit der Euro-Rettung beschritten wurde …“ Dass auch diese „Familienunternehmen“ von der euro-gestützten Exportwirtschaft profitieren, findet keine Erwähnung. Und dass auch mancher Dax-Konzern ein „Familienunternehmen“ ist, ficht das Blatt nicht an.

In der Schulpolitik beklagt das Blatt zwei Vorgänge: Zum einen wird nun auch im Berliner Sexualkundeunterricht berücksichtigt, dass es nicht nur heterosexuelle Menschen gibt, sondern unterschiedliche sexuelle Orientierungen. Das sind für das Blatt in seiner rechtsextremen Tradition „abwegige sexuelle Präferenzen“. Zum anderen beklagt das Blatt den Sinneswandel der CDU, die nun in zahlreichen Bundesländern und im Bundesvorstand die Zusammenlegung von Realschule und Hauptschule anstrebt – immer bei exklusiver Sicherung des Gymnasiums.

Das reicht dem Blatt nicht, soll es doch Eltern und Kinder geben, die nach wie vor zur Gesamtschule wollen. Dem Blatt wäre das Liebste, wenn die Schulformen zurückgeführt würden zur Ständeschule des 19. Jahrhunderts.

Die Kandidatur von Pro Berlin findet nun die Aufmerksamkeit des Blattes. Es beklagt „Angriffe“ auf Wahlkämpfer in Berlin, so seien Wahlhelfer zusammengeschlagen und ein Farbbeutel auf einem Infotisch gelandet. Jedoch rechnet das Blatt nicht mit einem Erfolg der Kandidatur. Anders als die Stadtkewitz-Partei „Die Freiheit“ käme Pro Berlin in den Medien nicht vor . Deshalb plant die Partei den nächsten ihrer berüchtigten „Anti-Islamisierungs-Kongresse“ im August in Berlin.

Rückkehr der D-Mark?

Junge Freiheit Nr. 28/11
vom 8. Juli 2011

Darauf hoffen die Autoren des Blattes einmütig. Nur wie die D-Mark zurückkommen soll, welche wirtschaftlichen Friktionen dies hervorrufen würde, interessiert sie nicht. Zur Enttäuschung des Blattes hat das Bundesverfassungsgericht keinen Eilbeschluss gegen den Euro-Rettungsschirm gefasst, sondern wird die Klage von Karl Albrecht Schachtschneider, Peter Gauweiler, Dietrich Murswiek und weiteren erst im September behandeln. Außerdem interviewt das Blatt Dirk Meyer, einen Volkswirtschafts-Professor der Hamburger Bundeswehrhochschule, der bereits in mehreren Zeitungen Artikel gegen den Euro und für den Ausstieg veröffentlicht hat. Er plädiert für einen „Nordeuro“ unter Ausschluss der südeuropäischen Staaten, zumindest für den Ausschluss Griechenlands aus der Euro-Zone, am besten wäre die Rückkehr zur D-Mark.

uld ■

Holger Apfel mit 87,3 Prozent erneut zum sächsischen NPD-Landeschef gewählt

Im erzgebirgischen Auerbach wählte die sächsische NPD am 10.7. einen neuen Landesvorstand. In seinem fast einstündigen Rechenschaftsbericht ging der alte und auch neue NPD-Landesvorsitzende Holger Apfel u.a. auf die Fusion von NPD und DVU ein, die allein der sächsischen NPD angeblich 43 neue Mitglieder brachte. Damit habe die NPD endgültig die Meinungsführerschaft im „rechten“ Parteienspektrum, so Apfel.

Apfel listete die Verdienste des Landesverbandes für die Bundespartei auf und nannte besonders „den selbstlosen Wahlkampfeinsatz sächsischer Kameraden in Sachsen-Anhalt“. Dass es mit 4,6 Prozent nicht für den Landtagseinzug reichte, habe an mehreren Faktoren gelegen, aber ganz bestimmt nicht am fehlenden Einsatz „der wahlkampferprobten Sachsen“.

Das Gebot der Stunde sei eine „seriöse Radikalität“, so Apfel, mit der die NPD auch in wenigen Wochen wieder in den Schweriner Landtag einziehen werde.

Einziger Kandidat für den Landesvorsitz war Amtsinhaber Holger Apfel, der mit 87,3 Prozent wiedergewählt wurde. Er erhielt 55 Ja-Stimmen, sieben Nein-Stimmen und eine Enthaltung.

Zu den stellvertretenden Landesvorsitzenden wurden Mario Löffler (Kreisverband Erzgebirge), Helmut Herrmann (KV Leipzig) und Maik Scheffler (KV Nordsachsen) gewählt.

Ins Amt des Landesschatzmeisters wurde erneut Alexander Delle gewählt (KV Meißen).

Auf die zehn Beisitzer-Posten bewarben sich 14 Kandidaten. Gewählt wurden: Jens Baur (KV Dresden), Jürgen Gansel (KV Meißen), Thomas Sattelberg (KV Sächsische Schweiz/Osterzgebirge), Katrin Köhler (KV Chemnitz), Frank Lütke (KV Bautzen), Holger Szymanski (KV Dresden), Andreas Storr (KV Niederschlesien/Oberlausitz), Beatrix Wolf (KV Vogtland), Hartmut Gliemann (KV Sächsische Schweiz/Osterzgebirge) und Arne Schimmer (KV Dresden).

Nach PM vom 10.7.2011 der NPD Sachsen ■